

Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der  
Gesamthochschule Kassel

Nr. 18

**Norbert Kluge**

**18** Studienreform in der Literatur -  
Eine kommentierte Bibliographie  
über Studienreformaktivitäten  
in den letzten zehn Jahren

Kassel 1988

## ARBEITSPAPIERE

Herausgeber: **Wissenschaftliches Zentrum für  
Berufs- und Hochschulforschung  
an der Gesamthochschule Kassel**

Redaktion: **Gabriele Gorzka**

c Alle Rechte vorbehalten

Wissenschaftliches Zentrum für  
Berufs- und Hochschulforschung  
Gesamthochschule Kassel  
Henschelstraße 4  
D-3500 Kassel  
Tel.: 0561/804 2415

## INHALT

	Seite
<b>A. Organisation der Studienreform im Umbruch - Eine aktualisierte Einführung I</b>	<b>I</b>
1. Die Anfänge der Studienreformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland I	
2. Die Ära staatlich organisierter Studienreform	IV
3. Studienreformdiskussion - heute	VII
4. Zur Entstehung und Benutzung der Studienreformbibliographie	IX
5. Literatur zur Einführung	X
<b>B. Kommentierte Bibliographie über Studienreformaktivitäten 1974-1984</b>	<b>1</b>
1. Gesetze, Programme, Bibliographien und Zeitschriften zur Studienreform	1
1.1 Zur rechtlichen Problematik	1
1.2 Bibliographien, Nachschlagewerke, Zeitschriften	3
1.3 Leitsätze und Programme zur Studienreform	6
2. Studienreformthemen seit den siebziger Jahren	11
2.1 Studienreform durch die Neuordnung im Hochschulwesen und Neugestaltung des Studiensystems	11
2.2 Projektstudium	16
2.3 Praxisorientierung des Studiums	18
2.4 Studienreform und Studiengangsgestaltung	21
2.5 Die Diskussion um die "Grundsätze für Studium und Prüfungen"	23
2.6 Studienreform in einigen Studienbereichen	26
2.7 Studienreform und Novellierung des Hochschulrahmengesetzes	30
3. Studienreform in Studienreformkommissionen und Hochschul- rahmengesetz	32
3.1 Zum Beginn der überregionalen Studienreformkommissionen	32
3.2 Zur Diskussion und zu den Ergebnissen der Ständigen Kommission und der Studienreformkommissionen	35
4. Studienreformmaßnahmen in den Ländern	40
4.1 Baden-Württemberg	41
4.2 Bayern	43
4.3 Berlin	45
4.4 Bremen	47
4.5 Hamburg	50
4.6 Hessen	52
4.7 Niedersachsen	54
4.8 Nordrhein-Westfalen	57

4.10	Saarland	62
4.11	Schleswig-Holstein	64
5.	Andere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Studienreform	65
5.1	Modellversuche der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	65
5.2	WRK-KMK-Kommission	66
6.	Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften	67
	Stichwortverzeichnis	70

## ORGANISATION DER STUDIENREFORM IM UMBRUCH

### Eine aktuelle Einführung in die kommentierte Bibliographie über Studienreformaktivitäten 1974-1984

#### 1. Die Anfänge der Studienreformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Vorschläge zur Studienreform gehören zur hochschulpolitischen Diskussion seit 1945. Ursprünglich wurde Studienreform als Bestandteil der allgemeinen Reformempfehlungen für die Hochschulstruktur diskutiert. Anknüpfend an die Bildungsideale der Humboldtschen Universität erschien die Zeit des Faschismus, in der die Hochschulen für die Ziele des Regimes instrumentalisiert wurden und Studium auf diese Weise ganz spezifischen "Praxisbezug" aufwies, als Unfall, der gerade auf den Wert humanistischer Bildungsziele gegenüber der Funktionalisierung von Studium für praktische Zwecke verwies. Studium konnte in dieser Sicht nur im allgemeinen Kontext der "im Kern gesunden deutschen Universität" (Gutachten zur Hochschulreform, 1948) durchgeführt werden und nicht als gesondert zu administrierende, strukturierende und organisierende Aufgabe gesehen werden. Studium generale und wissenschaftliche Interdisziplinarität versus Spezialisierung und Berufsorientierung waren die inhaltlichen Merkmale, die aus dem allgemeinen Bildungsziel von Studium gezogen wurden.

Aber bereits im Laufe der 50er Jahre kollidierten zunehmend Ziel und Realität der Hochschulen. Immer mehr Studenten kamen an die Hochschulen mit immer klarer auch berufsbezogenen Verwertungsvorstellungen für das erworbene Wissen, und sie brachten die überkommene Organisation bzw. Nichtorganisation des Studiums immer näher an den Rand des Zusammenbruchs.

Die stärkere Frequentierung der Hochschulen wurde auch von staatlicher Seite als "Überfüllung" interpretiert, der man mit organisatorischen Maßnahmen zu begegnen gedachte. Erstmals machten Begriffe wie "Entrümpeln" und "Straffen" des Studiums die Runde, beides zunächst organisatorische Zugriffe, für die eine - eigentlich dem allgemeinen Bildungsziel entsprechend erwartbare - inhaltliche Begründung aus sich heraus nicht gegeben wurde. Die Vorschläge gipfelten in dem eines ministeriellen Gutachters, "herauszuprüfen", um die Studentenzahlen zu verringern und auf diese Weise die Funktionstüchtigkeit des Universitätsstudiums wieder herzustellen (K.F. SCHEIDEMANN, 1959).

Seit Beginn der 60er Jahre wurde versucht, dem Problemfall Studium quantitativ beizukommen, d.h. durch den Staat die Kapazitäten massiv ausbauen zu lassen. Einer zutreffend als inhaltliches Problem der veränderten gesellschaftlichen Funktion von Wissenschaft gekennzeichneten Krise des Studiums (Studenten und die neue Universität, VDS, 1962 und Hochschule in der Demokratie, SDS, 1961), deren Bewältigung eine grundlegende Organisationsreform der Hochschule nötig machte, wurde mit quantitativen Maßnahmen begegnet. Zu einer gewissen Hitzigkeit eines vor allem quantitativen

Vorgehens des Staates hatte auch die Rede von der "Bildungskatastrophe", apostrophiert von G. PICHT (1965), beigetragen.

Wo trotz Kapazitätsausweitung eine inhaltlich begründete Revision des Studiums auch unter dem Aspekt der Verkürzung von Studienzeiten nötig gewesen wäre, formulierte in den 60er Jahren eine Koalition zwischen Staat und Wissenschaftlern mit Zustimmung der Wirtschaft formal begründete Organisationsmodelle für die Neuordnung von Studium in Hochschulen. Aus der Wirtschaft kam der Ruf nach "Rationalisierung des Studiums" (18. Entschließung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, 1967), der in den nun gesondert aufkommenden Studienreformmaßnahmen von Kultusministerkonferenz, Westdeutscher Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat aufgenommen wurde. Ein Entwurf der von studentischer Seite und auch von Wissenschaftlern geforderten inhaltlichen Neubestimmung von Studium und daraus begründeter anderer Organisation wurde von Hochschuleseite durchaus wohlwollend gebilligt, entledigte er doch die meisten Universitätsprofessoren von der Aufgabe, lange Versäumnisse in bezug auf eine längst zur sekundären Aufgabe gewordenen akademischen Massenausbildung selbst aufzuarbeiten (SCHUMM, 1969).

Die Vorschläge des Wissenschaftsrats hielten am Prinzip des ausschließlich an den Konstellationen der Einzelwissenschaften orientierten Studiums auch in der Massenuniversität fest (Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, 1960), das allerdings in einem nunmehr gestuften und durchstrukturierten Studienbetrieb (Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen, 1966) nur noch wenigen vorbehalten werden sollte und konnte. Die Neuordnungsvorstellungen des Wissenschaftsrats basierten auf dem Prinzip der "Differenzierung des Ausbildungsziels in gestuften Studiengängen" (Empfehlungen 1966, S. 14). Vorgeschlagen wurden eine Studiengliederung in Grund-, Haupt- und Aufbaustudium, gestuft durch Zwischenprüfungen, Studienzeitbegrenzungen und die Erschließung neuer Berufsfelder durch das Studium. Das Problembündel, gleichzeitig die klassische Funktion des Studiums aufrechtzuerhalten, die Öffnung der Hochschulen zu bewältigen, dem zunehmenden Druck der beruflichen Verwendbarkeit von Studium gerecht zu werden und gleichzeitig noch die Studienzeit zu verkürzen, konnte der Wissenschaftsrat mit diesen Strukturvorstellungen nicht lösen. Praxisorientierung, "Elitestudium", gestuftes Studiensystem, "Differenzierung" und Studienzeitverkürzung sind bis heute dominierende Themen geblieben, auf die der Wissenschaftsrat in der Folgezeit immer wieder einging (Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, 1970).

Erste konkrete Formen angenommen hatten die System- und Strukturvorstellungen im Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg (1967), der ein horizontal und vertikal klar durchgegliedertes Ausbildungsmodell skizzierte und alle wissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen integrierte. Erstmals wurden innerhalb eines akademischen Studiensystems universitäre Kurzstudiengänge mit berufsqualifizierendem Abschluß vorgeschlagen. Studienreform wurde auch hier in einem wohlbegründeten Modernisierungsmodell organisatorisch angegangen.

Zu einem im Prinzip ähnlichen Organisationsmodell von Integration und Stufung, allerdings in ganzer Breite auf wissenschaftlichem Niveau, kamen die Reformer und Kritiker des administrativ-organisatorischen Vorgehens. Sie entwickelten ihr Modell der Gesamthochschule (Kreuznacher Hochschulkonzept, BAK, 1968) aus inhaltlichen Überlegungen. Kern war eine Modernisierungsvorstellung der demokratischen Universität, mit deren Hilfe die Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens und des rationalen Diskurses mit ergebnisorientierter Ziel- und Konsensfindung für die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme geöffnet werden sollten. Wissenschaft und Studium sollten sich nicht ausschließlich daran orientieren, in welchem Zustand sich Gesellschaft gegenwärtig befindet, sondern auch daran, wie sie sein könnte (W. HOFMANN, 1968). Man suchte organisatorisch nach Rahmenbedingungen, in denen mit dem neuen hochschuldidaktischen Modell des "forschenden Lernens" (Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen, BAK, 1970) ein den gesellschaftlichen Problemen gerechtes und diese gestaltendes Studium ermöglicht werden könnte.

Die damalige Suche nach ganz auf Krisenbewältigung und Modernisierung der Hochschul- und Studienstrukturen gerichteten Organisationslösungen durch den Staat ließen anscheinend solche Studienreformvorstellungen tragfähig und realisierbar werden. Nicht zu Unrecht werden die dann Anfang der 70er Jahre erfolgten Neugründungen von Reformuniversitäten (wie in Bremen, TH. VON DER VRING, 1975) und Gesamthochschulen (wie in Kassel, Gesamthochschule Kassel 1971-81, siehe auch E. V. WEIZSÄCKER, 1970) einer Koalition zwischen diesen Reformern, die unter den Wissenschaftlern eher eine Minderheitenposition repräsentierten, und aufgeschlossener staatlicher Wissenschaftsadministration zugeschrieben, die damit konstruktiv und vor allem einflußreicher als zuvor Universitäten das Studium zu gestalten suchten (vgl. A. NEUSEL, 1986, S. 68 f.). Inhaltlich und wissenschaftsimmanent begründete Studienreformvorstellungen, insbesondere auch hochschuldidaktischer Art, fanden auf diesem Wege zwar Eingang in die Hochschule, blieben jedoch in ihrer Auswirkung partial und wurden rasch vom Kardinalproblem der effizienten Bewältigung großer Studentenzahlen mit immer noch zu kleinen und in traditionellen Organisationsstrukturen verharrenden Kapazitäten überdeckt.

Bereits Mitte der 60er Jahre zeichnete sich jedoch eine wichtige Neuerung in der hochschulpolitischen Diskussion um Studienreformen ab. Mehr denn je wurden Vertreter der Berufspraxis, sei es von Arbeitgeberseite und Berufsverbänden oder sei es von Gewerkschaften, als Gesprächspartner gesucht und akzeptiert. Bereits früh formulierte die Arbeitgeberseite ihre Vorstellungen von einem durchrationalisierten und in seiner Breite eng auf berufliche Erfordernisse zugeschnittenen Studium (D. BIELENSTEIN, 1962). Ein Ansatzpunkt für sie war auch die zunehmende Akademisierung der Unternehmerschaft und der Führungskräfte (H. HARTMANN und H. WIENOLD), 1967). Einer Ausweitung wissenschaftlicher Ausbildungskapazitäten und einer Durchstrukturierung des gesamten Studienangebots waren sie nicht abgeneigt (Überlegungen zur Errichtung von Gesamthochschulen, BdA, 1973).

Für Gewerkschaften bekam die Beschäftigung mit akademischem Studium erst stärker einen Sinn, als sich durch die Aktivitäten der Hochschulreformbewegung abzeichnete, daß ihre Ziele für ein demokratisches und offenes Ausbildungssystem und für Chancengleichheit insbesondere für Arbeiterkinder eine realistische Umsetzungschance bekommen könnten. Zuvor hatte es lediglich sporadische Äußerungen von ihnen zum Verhältnis zwischen Hochschulen und Gewerkschaften gegeben (R. BECKER, 1952; D. SCHEWE, 1953; F. THEUNERT, 1950). Erst in den 70er Jahren formulierten Gewerkschaften über den DGB programmatische Vorstellungen, "Leitsätze des DGB zur Studienreform" wurden erst 1978 parallel zum Beginn des Studienreforminstrumentariums veröffentlicht.

Mit der Diskussion um ein Hochschulrahmengesetz des Bundes und entsprechend daran angepaßter Hochschulgesetze der Länder ab Ende der 60er Jahre wurde Studienreform auf eine neue Ebene gehoben. Ihr wurde nicht nur in den Hochschulen mittlerweile eine zentrale Bedeutung für das Gelingen von Hochschulreform insgesamt zugesprochen, sondern sie bekam mit dem HRG von 1976 Gesetzesrang. Der Staat verpflichtet sich mit diesem Gesetz, die Rahmenbedingungen bereitzustellen, um Studienreformen in den Hochschulen durchzuführen. Mit dem Verfahren der Studienreformkommissionen ging der Versuch einher, aus der Analyse der Qualifikationsanforderungen für bestimmte berufliche Tätigkeitsfelder inhaltliche Maßstäbe für die Neuorganisation von Studium zu gewinnen. Daß dieser Weg nicht von weniger Widersprüchen und gegensätzlichen Interessen als die vorhergehende Reformdiskussion gekennzeichnet würde, lag auf der Hand und zeigte sich auch im langwierigen Entstehungsprozeß des HRG von 1969 bis 1976.

## 2. Die Ära staatlich organisierter Studienreform

Studienreformen wurden von allen Beteiligten als ein Kernstück von Hochschulreform insgesamt angesehen. Das Studienreforminstrumentarium des HRG von 1976 (vgl. den Kommentar von E. DENNINGER u.a., der noch 1984 erschien), wie es sich in allen Hochschulgesetzen der Länder in der Folgezeit wiederfindet, steht für eine bestimmte Auffassung von Studienreform. Die inhaltliche Studienreformarbeit, die in den sechziger und siebziger Jahren auf allen Beratungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsebenen lief, wurde um ein Verfahren erweitert. Man beschränkte sich nicht länger nur auf mehr oder weniger fruchtbare inhaltliche Debatten über die Veränderungen von Studiengängen, sondern fixierte rechtlich ein Verfahren, das in diesem Kernbereich von Hochschulen den Veränderungswillen in Gesetzesrang erhob. Studium sollte in breitem Umfang wissenschaftlich begründet und politisch administrativ koordiniert gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausbildungsanforderungen angepaßt werden. Das "Was" der Inhalte von Studienreformen wurde mit dem Studienreforminstrumentarium mit einem "Wie" der koordinierten Konzipierung und Umsetzung verbunden. Mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes am 14. November 1985 ist eine Ära so verstandener Studienreform zu Ende gegangen (vgl. Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des HRG, 1984 und auch Stellungnahme des

Hochschulverbandes dazu 1984; aus Arbeitgebersicht H. LINKE, 1986 und aus gewerkschaftlicher Sicht J. WILDT, 1984).

Ein formal geregeltes Studienreforminstrumentarium ist im neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen, und auch in den nachfolgenden Novellierungen der Länderhochschulgesetze wird wohl dieses mehr oder weniger praktizierte Verfahren wegfallen.

Studienreformarbeit hat es sowohl vor dem Hochschulrahmengesetz 1976 gegeben, sie existiert auch nach seiner Novellierung Ende 1985. Neben den politischen Implikationen offizieller neuer Kompetenzaufteilungen über die Hochschulausbildung zwischen staatlichen Instanzen, Hochschulen und Organisationen der Berufspraxis markiert die Ära der Studienreformkommissionen vor allem jedoch ein vorher nicht gekanntes Verfahren, das letztlich auf die Aushandlung politischer Umsetzung von Ergebnissen und Entscheidungen zwischen Hochschulen, Staat und Berufspraxis, die durch ihre Verbände vertreten wurden, hinauslief.

Wie leicht nachzuvollziehen ist, sind im Zeitraum von knapp zehn Jahren eine Reihe von Positionspapieren, von der Kommissionsarbeit inspirierte Studien und Dokumentationen entstanden. Insbesondere Gewerkschaften, die einen großen Teil des hochschulpolitischen Reformpotentials in ihren Reihen gebündelt hatte, und die Arbeitgeberseite nutzten ihre Mitwirkung am Studienreforminstrumentarium zur intensiven Auseinandersetzung mit ihren Erwartungen an hochschulische Ausbildung und suchten Einflußmöglichkeiten, um ihre Ziele in der Studiengestaltung zu verankern. Zweifellos bereicherte ihre offizielle Mitwirkung die Studienreformdiskussion um eine weitere inhaltliche Ebene, die zuvor mehr oder weniger nur durch quasi die zweite Hand interessierter Staatsvertreter oder Hochschulangehöriger präsent war.

Studienreformkommissionen gingen vom Prinzip der Abstimmung zwischen Hochschulen, Staat und anderen gesellschaftlichen Gruppen in bezug auf die Gestaltung der Studiengänge aus. Sie basierten dabei auf einer einheitlichen institutionalisierten, nach festgelegten Regeln ablaufenden gleichberechtigten und gleichzeitigen Zusammenarbeit von Hochschule, Staat und Praxis. Sie sollten in einem vorgegebenen Zeitraum Ergebnisse produzieren, die Anstöße für Studienreformen in allen Hochschulen in allen Ländern einheitlich geben sollten.

Studienreformkommissionen waren nur ein Verfahren, mit dem die Leitfunktion und Führerschaft zur Aufstellung von Regelungen einer zentralen Instanz durchgesetzt werden sollte. Parallel dazu wurden Modellversuche zur Studienreform der Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen sowie die sog. "Kleine Studienreform" in der Federführerschaft der WRK zusammen mit der Kultusministerkonferenz durchgeführt. Die "Kleine Studienreform" arbeitete mit dem Auftrag, Rahmenordnungen für Studien und Prüfungen in allen Studiengängen an wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik zu erarbeiten. Je komplizierter und langsamer die Abstimmungsprozesse in den Studienreformkommissionen, der sog. "Großen Studienreform", wurden, desto mehr entwickelte sich die "Kleine Studienreform" als Konkurrenz dazu. Dies weist auf eine bezeichnende Situation der "Großen Studienreform" Anfang der achtziger Jahre

hin, die immer stärker in einen Vergleich mit einem lediglich formalen Verfahren geriet, das im strengen Sinne gar nicht mit "Studienreform" bezeichnet werden kann.

Das länderübergreifende Studienreforminstrumentarium der "Großen Studienreform" wurde auf Bundesebene 1978 mit großem personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwand eingeleitet, ohne daß die genannten zentralstaatlichen Instrumente damit abgelöst worden wären. Eingerichtet wurden:

- die Ständige Kommission für die Studienreform;
- die Koordinierungskommission;
- die Studienreformkommissionen und
- eine Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen.

Mittlerweile sind 34 Veröffentlichungen der Bonner Geschäftsstelle für die Studienreform von Empfehlungen und Empfehlungsentwürfen sowie Jahresberichten und übergreifenden Studienreformpapieren auf der Arbeit des Studienreformverfahrens erschienen (siehe Literaturhinweise zu den Veröffentlichungen zur Studienreform 14 - 34). Besonders zum Bereich des technikkundenschaftlichen Studiums hat in jüngster Zeit eine gewerkschaftliche Positionsbestimmungen stattgefunden (Gewerkschaften zur Studienreform. Ausbildung und Beruf von Ingenieuren des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, DGB/IG Metall, 1986; Modellstudiengang Maschinenbau und Elektrotechnik, DGB/IG Metall, 1984).

Wenn man die Phase der staatlichen Studienreform in einer Rückschau bilanziert, so sind viele Ziele nicht erreicht, viele Umwege gemacht, unerwarteten Widerständen begegnet, vielmals Korrekturen angelegt und manchmal unbeabsichtigte Ergebnisse erzielt worden. Der inneren Systematik anspruchsvoller und groß angelegter Reformen scheint es außerdem zu entsprechen, daß ihre Ergebnisse personell wie institutionell, gerade wenn bereits einige Zeit vergangen ist und der Legitimationsdruck für die Beteiligten nachgelassen hat, eher negativ eingeschätzt werden. So auf der Seite der Befürworter, die über das Ausmaß der Nicht-Erreichung von wünschenswert gehaltenen Veränderungen enttäuscht sind, auf der Seite der Gegner, die mit dem Ausmaß der Erreichung von nicht für wünschenswert gehaltenen Veränderungen unzufrieden sind und insgesamt deshalb, weil auf beiden Seiten ein Selbstverständnis vorherrschend ist, wonach der Erfolg von Plänen ausschließlich an dem Grad der eingelösten Planungsziele zu messen sei.

Insgesamt ist die Bereitschaft, am Instrumentarium mitzuwirken, in den Hochschulen erlahmt, während Studienreform noch stärker als zuvor zu einer Frage staatlich zu entwerfender und zu administrierender Verfahren geworden ist. Es verwundert nicht, daß sich die Kultus- und Wissenschaftsminister der Länder in einer Vereinbarung vom 8./9.10.1987 darauf verständigt haben, trotz geänderter Gesetzeslage ein in etwa gleiches Nachfolgegremium der Zentralen Kommission einzusetzen und diese weiterhin Empfehlungen für Rahmen-Prüfungsordnungen, erarbeitet in sog. Fachkommissionen, geben zu lassen.

Das Verfahren, um Empfehlungen der Kommission zu verabschieden und für eine politische Umsetzung in den Hochschulen verbindlich zu machen, war früher sehr langwierig und ist nun "gestraft" worden. Weggefallen ist die Anhörung der Hochschulen, was eher auf eine staatliche Zentralisierung von Studienreformmaßnahmen, als auf eine Dezentralisierung in den einzelnen Hochschulen verweist. Die Weiterführung des Studienreformverfahrens, das allerdings vor allem um die inhaltliche Dimension geschmälert wurde, zeigt, daß offensichtlich eine Abstimmung über die Rahmenbedingungen des Studiums zwischen Bund und Ländern und zwischen Staat, Hochschulen und Berufspraxis unentbehrlich geworden ist und entgegen dem Votum der Expertenkommission zur Novellierung des HRG für sinnvoll gehalten wird. Die nach wie vor anhaltende Schwerfälligkeit der akademischen Institutionen, vor allem jedoch die Schwierigkeiten vieler Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt und der rasche Wissensumschlag mit einhergehender Qualifikationsentwertung machen bei der Bedeutung, die heute wissenschaftliche Ausbildung gesellschaftlich besitzt, ein isoliertes Vorgehen nur einer Institution unmöglich. Allerdings konnte die organisierte Studienreform die mit ihr intendierte inhaltliche Diskussion kaum etablieren, so daß das traditionelle Manko verbleibt, materielle Probleme mit organisatorischen Maßnahmen großer Reichweite lösen zu wollen. Ob die Beibehaltung eines Studienreforminstrumentariums vorwiegend in der Hand von Staatsvertretern und wissenschaftlicher Administration (WRK) die erforderliche inhaltliche Diskussion anstößt, ist allerdings äußerst zweifelhaft.

### 3. Studienreformdiskussion - heute

Die intensive Materialrecherche für diese Bibliographie endete 1984, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeit des Studienreforminstrumentariums ins Stocken geraten war, die Länder längst von der Form her andere Wege begingen (N. KLUGE und A. NEUSEL, 1984) und die Weiterführung der Studienreformdiskussion in der bestehenden Form nur noch wenig sinnvoll erschien.

Die inhaltlichen Probleme des Studiums waren jedoch bei weitem nicht erschöpfend bearbeitet, sie hatten sich durch das Zusammentreffen von relativ rückgehender Finanzierung der Hochschulen, anhaltendem Studentenstrom und den zunehmenden Beschäftigungsproblemen für viele Hochschulabsolventen noch verschärft. So hatten sich die Studienreformkommissionen z.B. zwar intensiv mit der Thematik der Praxisorientierung des Studiums auseinandergesetzt, hatten aber dennoch keine Antwort darauf geben können, wie im Studium auf die Beschäftigungsschwierigkeiten reagiert werden sollte.

Der Diskussion um Studienreform, die in den letzten fünf Jahren vielleicht etwas leiser verlief als vorher, sind die Themen nicht ausgegangen. Sie sollen abschließend kurz angerissen werden.

Studienreform heute befindet sich in dem Dilemma, einerseits die Reform der Studieninhalte den Fachdisziplinen in den Hochschulen überlassen zu wollen, andererseits

auf die weiterhin aufrechterhaltene soziale Öffnung der Hochschulen einzugehen und sich an einer administrativ geregelten Vergleichbarkeit von Studien- und Prüfungsbedingungen sowie Studienzeiten zu orientieren. Während lange Zeit die Fragen inhaltlicher Reform der Studiengänge tatsächlich im Vordergrund standen, diktieren heute finanzielle Restriktionen für die Hochschulen auf der einen Seite und ein nach wie vor ungehemmter Zustrom von Studenten auf der anderen Seite das Studienreformgeschehen. Studienreformen ersticken förmlich im Korsett dieser Bedingungen für Studium an den Hochschulen. Vorschläge, Empfehlungen und Verlautbarungen aus Wissenschaftsadministration, Politik und Wissenschaftsrat zeigen eine hochschulpolitische Umorientierung an. Elitestudium - hier hatten die von der HRG-Expertenkommission vorgeschlagenen "Steilkurse" für besonders Begabte Furore gesorgt. (G. KÖHLER, 1984). Effizienz und Wettbewerb unter den Hochschulen, wovon kürzere Studienzeiten ein Teilaspekt sind, (Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem, 1985, S. 13f und S. 36), Differenzierung (Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Struktur des Studiums, 1986), berufspraktische Verwendung des Studiums und die Kreierung neuer Studiengänge, zum Teil in direkter Kooperation mit Industrieunternehmen, die wissenschaftliche Weiterbildung im Zuge des raschen technologischen Wandels in der Berufswelt und in jüngster Zeit das Ringen um die gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen auf europäischer Ebene (EG) sind die Themen der heutigen Studienreformdiskussion.

Auffällig ist, daß dieses Themenspektrum nur auf Grund der Vorgeschichte noch auf diesen zentralen Begriff Studienreform bezogen werden kann. Betrachtet man die verschiedenen Diskussionszweige und ihre Entscheidungsdynamik einzeln, so fehlt ein innerer inhaltlicher Zusammenhang, wie er in den 70er Jahren ausgeprägt war. Als ein letzter Versuch in dieser Hinsicht kann der GEW-Kongreß "Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule" von 1984 angesehen werden (die Ergebnisse wurden unter gleichem Titel 1986 veröffentlicht), der noch einmal versuchte, innere Begründungszusammenhänge für Hochschul- und Studienreform zu mobilisieren und von Vertretern aus Hochschulen, Staat und Berufspraxis in die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Aber auch dieses Forum konnte einer Entwicklung kaum etwas entgegenzusetzen, die Studienreform weitgehend von ihren politischen und wirtschaftlichen Trägern in den Hochschulen gelöst und zur Aufgabe zentralstaatlicher Administration gemacht hat.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Struktur des Studiums von 1986 beziehen sich zwar ihrem Inhalt nach auf vorangegangene Empfehlungen von 1966 und 1978, markieren jedoch vor dem Hintergrund der Neuorientierung von Hochschulpolitik durch die (konservative) Bundesregierung (D. WILMS, 1983) eine neue Etappe für Studienreformen. In den Empfehlungen wird die Funktion des Studiums als Massenausbildung konzipiert und gleichzeitig ein Modell der klaren Durchstrukturierung und Hierarchisierung des Studiums vorgeschlagen. Die Vorschläge laufen darauf hinaus, in kürzeren Studiengängen für die Mehrzahl der Studenten ein wissenschaftliches Grundwissen und ein "hohes Maß an Identität" zu vermitteln und Spezialisierungen nur für wenige an der Spitze eines Konsekutivmodells vorzusehen. Solche organisatorisch-

strukturellen Zielvorgaben, die mit Hilfe von Rahmenprüfungsordnungen heute einfacher denn je vom Staat in den Hochschulen durchgesetzt werden können, prägen auch die inhaltliche Studienreform in den Hochschulen. Mit den politischen Implikationen der Wissenschaftsratsempfehlungen hat sich aus Sicht von Hochschulreformern der Bund demokratischer Wissenschaftler in seiner "Denkschrift: Krise und Zukunft der Hochschule" auseinandergesetzt (1986, s.a. M. KRUGMANN, 1986).

Ein heute ebenfalls relevanter Akzent der Diskussion um Studium liegt auf der Frage nach dem Verhältnis zwischen Studium und Beruf. Im Zuge der schnellen technologischen Veränderungen in der Berufswelt und entsprechend gewandelten Qualifikationsanforderungen und der gestiegenen Akademisierung der Arbeitswelt nach rund zwanzigjähriger sozialer Öffnung der Hochschulen wurde die Beschäftigungssituation der späteren Absolventen zu einem zunehmend relevanten Thema im Studium selbst. Wenngleich nach Fachrichtungen zu differenzieren, wird Studium nicht mehr hauptsächlich als notwendige und entscheidende Lebenspassage zum beruflichen Ein- und Aufstieg gesehen (U. TEICHLER u.a., 1987). Veränderte Erwartungshaltungen müssen sich auch in Studienverhalten und Studieninhalten niedergeschlagen haben.

In einem wissenschaftlichen Gutachten für die GEW plädieren die Autoren (M. BAE-THGE u.a., 1986) vor diesem Hintergrund für aktive Strategien zur Lösung der Beschäftigungsprobleme aus Studium und Hochschule heraus. Sie sprechen sich für eine "neue berufliche Strukturpolitik" aus, die von einer Politik "differenzierter Arbeitszeitverkürzung" zu begleiten sei (S. 71). Auch aus diesen damit angedeuteten veränderten Konstellationen im Verhältnis zwischen Studium und Beruf, dem früher mit der Studienreformstrategie der Praxisorientierung nachgegangen wurde, ergaben sich neue Rahmenbedingungen und inhaltliche Erwägungen für Studienreformen.

Stellt man abschließend fest, daß die im folgenden bibliographierte und dokumentierte Ära der Studienreform auch eine intensive Phase "institutionellen Lernens" (A. NEUSEL) markierte, viele inhaltliche Probleme - ihrem hohen Problemgrad gemäß - allenfalls angegangen wurden, so bleibt auch weiterhin mit Spannung zu beobachten, auf welche Weise die "Dauerbrennerthemen" der Studienreform, die sich durch ihre Permanenz in den vergangenen 40 Jahren als solche ausgewiesen haben, weiter behandelt werden.

#### 4. Zur Entstehung und Benutzung der Studienreformbibliographie

Diese Bibliographie ist in einer Phase Mitte der 80er Jahre entstanden, in der die Arbeit des Studienreforminstrumentariums erstmals von vielen Seiten bilanziert wurde. Der Autor war selbst an einer solchen Studie beteiligt, die untersuchte, wie das im HRG von 1976 festgelegte Studienreformverfahren in den Ländern umgesetzt worden war (s.o.). Insbesondere die Vertreter der Hochschulreform (M. KRUGMANN, 1986) und Hochschuldidaktiker (L. HUBER, 1984; C.-H. WAGEMANN, 1984 und J. WILDT, 1986) sahen sich im Hinblick auf das kommende Ende dieser Studienreformen zu (selbst)kritischen Resumés veranlaßt (s.a. die periodischen Äußerungen zur Stu-

dienreform aus Arbeitgebersicht in den Berichten zur Bildungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft).

Diese Bibliographie versteht sich vor allem auch als eine detailorientierte Ergänzung der mittlerweile erschienenen kommentierten und umfassenden Bibliographie von A. Over zur deutschsprachigen Forschung über Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1965 und 1985 (A. OVER, 1988; s.a. die Detailbibliographie zu den Kasseler "Berufspraktischen Studien" von D. BERDELSMANN, 1986).

Die Literatur ist in thematische Blöcke zusammengefaßt und kommentiert. Der Kommentierungstext ist fortlaufend, die genauen Literaturangaben sind jeweils an den Text angehängt. Die Literaturhinweise im Text sind mit "(Lit.....)" gekennzeichnet und numeriert. Verschiedene Studienreformthemen können mit Hilfe der Systematik der Gliederung und mit Hilfe des Stichwortverzeichnisses am Ende aufgefunden werden. Berücksichtigt sind dabei Studienreformthemen, Studienreformverfahren, Studienreform in den verschiedenen Studiengebieten und Studienreformmaßnahmen in den Ländern.

Diese Bibliographie wurde aus den Reihen der Gewerkschaft initiiert. Die Erarbeitung wurde im Rahmen eines Werkvertrags vom DGB-Bundesvorstand finanziert. Dafür sei an dieser Stelle gedankt. Vor diesem Hintergrund richtete diese Arbeit ihr Hauptaugenmerk auf die Dokumentation der vielen verstreuten Dokumente aus der gewerkschaftlichen Beteiligung am Studienreforminstrumentarium. Viele hier vorgestellte Dokumente und Diskussionskonstellationen haben mittlerweile bereits historischen Stellenwert. Das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung entschloß sich zu einer Herausgabe der Studienreformbibliographie, weil die Nuancen der heutigen Diskussion mit dem historischen Wissen über die intensive Auseinandersetzung um Studienreformen in den 70er Jahren besser verstehbar sind. Bei aller auch inhaltlicher Unterstützung durch das Wissenschaftliche Zentrum und die Gewerkschaften war eine alles umfassende Kommentierung oder enzyklopädische Vollständigkeit nicht angestrebt. Die Verantwortung für den Inhalt trägt letztlich der Autor.

## 5. Literatur zur Einführung

Zu 1.: Die Anfänge der Studienreformdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland

"18. Entschließung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft." Hg. Bd A. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft. Bericht 1957/67. Köln, 1967.

ANRICH, Ernst. Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. Darmstadt, 1960.

BECKER, R. "Gewerkschaften und Hochschule." Gewerkschaftliche Monatshefte 12 (1952).

BIELLENSTEIN, Dieter. "Wissenschaft und Wirtschaft". *Die neue Gesellschaft* 9(1962): 204-215.

**Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959.** Bearb. Rolf NEUHAUS. Wiesbaden 1961.

ELLWEIN, Thomas. **Die Deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart.** Königstein/Ts., 1985.

**Emanzipation oder Disziplinierung.** Zur Studienreform 1967/68. Hg. VDS. Köln, 1962.

**Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil 1: Wissenschaftliche Hochschulen.** Hg. Wissenschaftsrat. Tübingen, 1960.

**Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen.** Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1966).

**Empfehlungen zur Struktur und auch zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970.** Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat 1970.

**Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen.** Hg. Bundesassistentenkonferenz (BAK) (Schriften Nr. 5). Bonn, 1970.

**Gesamthochschule Kassel 1971-81. Rückblick auf das erste Jahrzehnt.** Hg. Norbert KLUGE u.a. Kassel, 1981.

**Gutachten zur Hochschulreform.** (Blaues Gutachten). Vom Studienausschuß für Hochschulreform. Hamburg, 1948.

HABERMAS, Jürgen. **Protestbewegung und Hochschulreform.** Frankfurt/M., 1969.

HARTMANN, H. und WIENHOLD, H. **Universität und Unternehmer.** Gütersloh, 1967.

HEINZ, Wolfgang und JÜCHTER, Theodor Heinz. **Studienreform 1965. Die aktuelle Diskussion. Perspektiven.** (Schriften des VDS 4) Bonn, 1965.

HENTIG, Hartmut von. "Studieren als politischer Vorgang. Oder Schule ohne Abschluß - Universität ohne Anfang." **Reform als Alternative.** Hg. SCHWAN, A. und SONTHEIMER, K., Opladen, 1969. 84-113.

**Hochschule in der Demokratie.** Hg. SDS. Frankfurt, 1961.

**Hochschulgesamtplan Baden Württemberg: Empfehlungen zur Reform von Struktur und Organisation der Wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Studienseminare, Kunsthochschulen, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen.** Bericht des Arbeitskreises Hochschulgesamtplan beim Kultusministerium Baden-Württemberg. (Reihe A Nr. 5 der Schriftenreihe, Bildung in neuer Sicht). Villingen, 1967.

HOFMANN, Werner. **Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie.** Frankfurt, 1968.

**Idee und Wirklichkeit an der Universität.** Hg. Hofgeismarer Kreis. Heidelberg, 1963.

**Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz.** Hg. Bundesassistentenkonferenz (Schriften der BAK 1) Bonn, 1968.

LITT, Theodor. **Der Bildungsauftrag der deutschen Hochschule.** (Schriften des Hochschulverbandes 2), Göttingen, 2.A., 1963.

**Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule - autonome Universität.** Hg. Hellmut BECKER (Bergedorfer Protokolle) Hamburg und Berlin, 1967.

NEUSEL, Aylä. "Hochschulplanung 1960-1980". **Hochschulentwicklung seit den 60er Jahren.** Hg. Aylä Neusel und Ulrich Teichler. Weinheim und Basel, 1986, 65-92.

NITSCH, Wolfgang u.a. **Hochschule in der Demokratie.** Neuwied und Berlin, 1965.

OEHLER, Christoph. **Studienreform und Bildungsplanung. Voraussetzungen und Konsequenzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums.** Bonn, 1968.

PICHT, Georg. "Begriffe und Aufgaben der Bildungsplanung" **Niedersächsische Lehrerzeitung** 6 (1965): 9-13.

RÜEGG, Walter. **Humanismus, Studium generale und Studium Humanitatis in Deutschland.** Genf und Darmstadt, 1954.

SCHEIDEMANN, K.F. **Überfüllung der Hochschulen. Eine Studie über Studentenzahlen und Fassungsvermögen der deutschen Hochschulen.** Bonn: Bundesministerium des Innern, 1959.

SCHEWE, D. "Hochschulreform und Hochschulexperiment". **Gewerkschaftliche Monatshefte** 11 (1953).

SCHUMM, Wilhelm. **Kritik der Hochschulreform.** München, 1969.

**Studenten und die neue Universität.** Hg. VDS. Bonn, 1962.

**Studienreform. Ein Beitrag zur Reform der Universität.** Hg. Studienstiftung des deutschen Volkes (Heft 6). Bonn, 1965.

**Studium und Hochschule.** Hg. Hochschulverband (Schriften des Hochschulverbandes 14). Göttingen, 1963.

THEUNERT, F. "Neuorientierung der Wissenschaften". **Gewerkschaftliche Monatshefte** 7 (1950).

**Überlegungen zur Errichtung von Gesamthochschulen.** Hg. Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände. Köln, 1973.

van der VRING, Thomas. **Hochschulreform in Bremen.** Frankfurt a. M., 1975.

WEIZSÄCKER, Ernst von, u.a. **Baukasten gegen Sachzwänge. Der Weizsäcker-Hochschulplan.** München, 1970.

WILDT, Johannes. "Studiengangsentwicklung und Studiengangmodelle". **Enzyklopädie Erziehungswissenschaften, Bd. 10, Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule.** Hg. L. Huber. Stuttgart, 1983: 307-330.

## **Zu 2.: Die Ära staatlich organisierter Studienreform**

**Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG).** Hg. BMBW. Bonn, 1984.

DENNINGER, Erhard, u.a. **Hochschulrahmengesetz. Kommentar.** München, 1984.

**Empfehlungen der Studienreformkommission Biologie. Entwurf.** Hg. Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen (Veröffentlichungen zur Studienreform 14) Bonn: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, o.J. (1983).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Psychologie. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 15) Bonn: Dass., o.J. (1983).

**Fünfter Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform - Juli 1982 bis Juni 1983 -.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 16) Bonn: Dass., o.J. (1983).

**Materialien für die Arbeit in der überregionalen Studienreform.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 17) Bonn: Dass., o.J. (1984).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Pädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit; Band 1 Ausbildungsbereich Erziehungswissenschaft.** Entwurf. Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 18) Bonn: Dass., o.J. (1984).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Pädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit; Band 2 Ausbildungsbereich Sozialwesen.** Entwurf. Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 19) Bonn: Dass., o.J. (1984).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Chemie.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 20) Bonn: Dass., o.J. (1983)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Geschichte.** Entwurf. Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 21) Bonn: Dass., o.J. (1984).

**Sechster Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform - Juli 1983 bis Juni 1984** -Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 22), Bonn: Dass., o.J. (1984).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Geographie. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 23) Bonn: Dass., o.J. (1984)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Politikwissenschaft/Soziologie, Teil 1 Politikwissenschaft. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 24) Bonn: Dass., o.J. (1985).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Politikwissenschaft/Soziologie, Teil 2 Soziologie. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 25) Bonn: Dass., o.J. (1985).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Sprach- und Literaturwissenschaften.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 26) Bonn: Dass., o.J. (1984)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Psychologie.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 27) Bonn: Dass., o.J. (1985)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Biologie.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 28) Bonn: Dass., o.J. (1985)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 29) Bonn: Dass., o.J. (1985)

**Vereinbarung der Ministerpräsidenten über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder nach § 9 HRG vom 16. Februar 1978 i.d.F. vom 14. Juni 1985.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 30) Bonn: Dass., o.J. (1985)

**Siebter Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform - Juli 1984 bis Juni 1985** -. Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 31) Bonn: Dass., o.J. (1985)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Raumplanung. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 32) Bonn: Dass., o.J. (1985).

**Empfehlungen der Studienreformkommission Bauingenieurwesen. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 33) Bonn: Dass., o.J. (1986)

**Empfehlungen der Studienreformkommission Maschinenbau und Verfahrenstechnik. Entwurf.** Hg. Dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 34) Bonn: Dass., o.J. (1986)

**Gewerkschaften zur Studienreform. Ausbildung und Beruf von Ingenieuren des Maschinenbaus und der Elektrotechnik: Eine Literaturstudie.** Hg. DGB-Bundesvorstand und IG Metall-Vorstand. Düsseldorf und Frankfurt, 1986.

**Grundsätze für das Zusammenwirken von Ländern und Westdeutscher Rektorenkonferenz bei der Koordinierung der Ordnung von Studium und Prüfungen gemäß § 9 HRG.** Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. (Anlage II z. NS 235. KMK, 8./9. 10. 1987), Berlin 1987.

LINKE, Hermann. "Stellungnahme der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zum Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des HRG." **Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule.** Hg. G. Köhler, Freiburg/Br., 1986: 171-176.

**Modellstudiengang Maschinenbau und Elektrotechnik.** Hg. DGB-Bundesvorstand und IG Metall-Vorstand. Düsseldorf und Frankfurt, 1984.

WILDT, Johannes. "HRG-Novelle steht vor der Tür." **Hochschulausbildung**, 2 (1984): 67-77.

"Zur Untersuchung des Hochschulrahmengesetzes" und "Stellungnahmen des Präsidiums des Hochschulverbandes." **Mitteilungen des Hochschulverbandes**, 1 (1984): 5-9.

### **Zu 3.: Studienreformediskussion - heute**

BAETHGE, Martin, u.a.. **Studium und Beruf.** Neue Perspektiven für die Beschäftigung von Hochschulabsolventen - Denkanstöße für eine offene Hochschul- und Beschäftigungspolitik. Freiburg/Br., 1986.

**Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich.** Hg. Westdeutsche Rektorenkonferenz. (Dokumente zur Hochschulreform 55) Bonn-Bad Godesberg, 1984.

**Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem.** Hg. Wissenschaftsrat. Köln, 1985.

**Empfehlungen zur Struktur des Studiums.** Hg. Wissenschaftsrat. Köln, 1986.

**Empfehlungen zur Weiterbildung an Hochschulen.** Hg. Wissenschaftsrat. Köln, 1983.

**Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule.** Hg. Gerd KÖHLER (GEW-Kongreßband 1984 in Göttingen). Freiburg/Br., 1986.

KLUGE, Norbert und Ayla Neusel. **Studienreform in den Ländern.** (BMBW-Studien zu Bildung und Wissenschaft 4) Bonn, 1984.

KÖHLER, Gerd. "Von den 'Steilkursen' und anderen Zauberformeln. Anmerkungen zu den Vorschlägen der Hochschulkommission." **Frankfurter Rundschau** v. 16. 2. 1984: 13.

**Krise und Zukunft der Hochschule. Denkschrift des BdWi.** Hg. Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi-Forum, Studienhefte 4) Marburg, 1986.

KRUGMANN, Malte C. "Studienreform in neuem Gewand: Mehr Hochschulautonomie oder nur noch Staatsräson." (verf. Ms.) o.O., 1986.

TEICHLER, Ulrich. "Hochschule und Beschäftigungssystem." Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 10, Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig Huber. Stuttgart, 1983: 59-77.

TEICHLER, Ulrich, u.a. Hochschule - Studium - Berufsvorstellungen. Eine empirische Untersuchung zur Vielfalt von Hochschulen und deren Auswirkungen. (BMBW-Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, 50) Bonn 1987.

WILMS, Dorothee. Wettbewerb statt Bürokratie. Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus der Sicht des Bundes. (BMBW) Bonn, 1983.

#### **Zu 4.: Zur Benutzung und Entstehung der Studienreformbibliographie**

Alternativen für eine Hochschule mit Zukunft - Bildung und Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Hg. VDS (Kongreßmaterialien). Bonn, 1986.

BERDELSMANN, Dieter. Bibliographie zu den Berufspraktischen Studien (BPS). (Arbeitsmaterialien Theorie und Praxis 5). Kassel, 1986.

Berichte zur Bildungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft. (erscheint alle 2 Jahre). Hg. U. GOEBEL und W. SCHLAFFKE. Köln: fortlaufend.

DAXNER, Michael und Barbara KEHM. Hochschulen auf dem rechten Weg. Bochum, 1986.

Hochschulentwicklung seit den sechziger Jahren. Kontinuität-Umbrüche-Dynamik? Hg. Ayla NEUSEL und Ulrich TEICHLER (Blickpunkt Hochschuldidaktik 79). Weinheim und Basel, 1986.

HUBER, Ludwig. "Auch weiterhin Studienreform". Hochschulausbildung 2 (1984): 79-92.

KRUGMANN, Malte. "Bilanz und Perspektiven der Studienreform." Hg. Gerd Köhler. Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule. Freiburg/Br. 1986: 148-166.

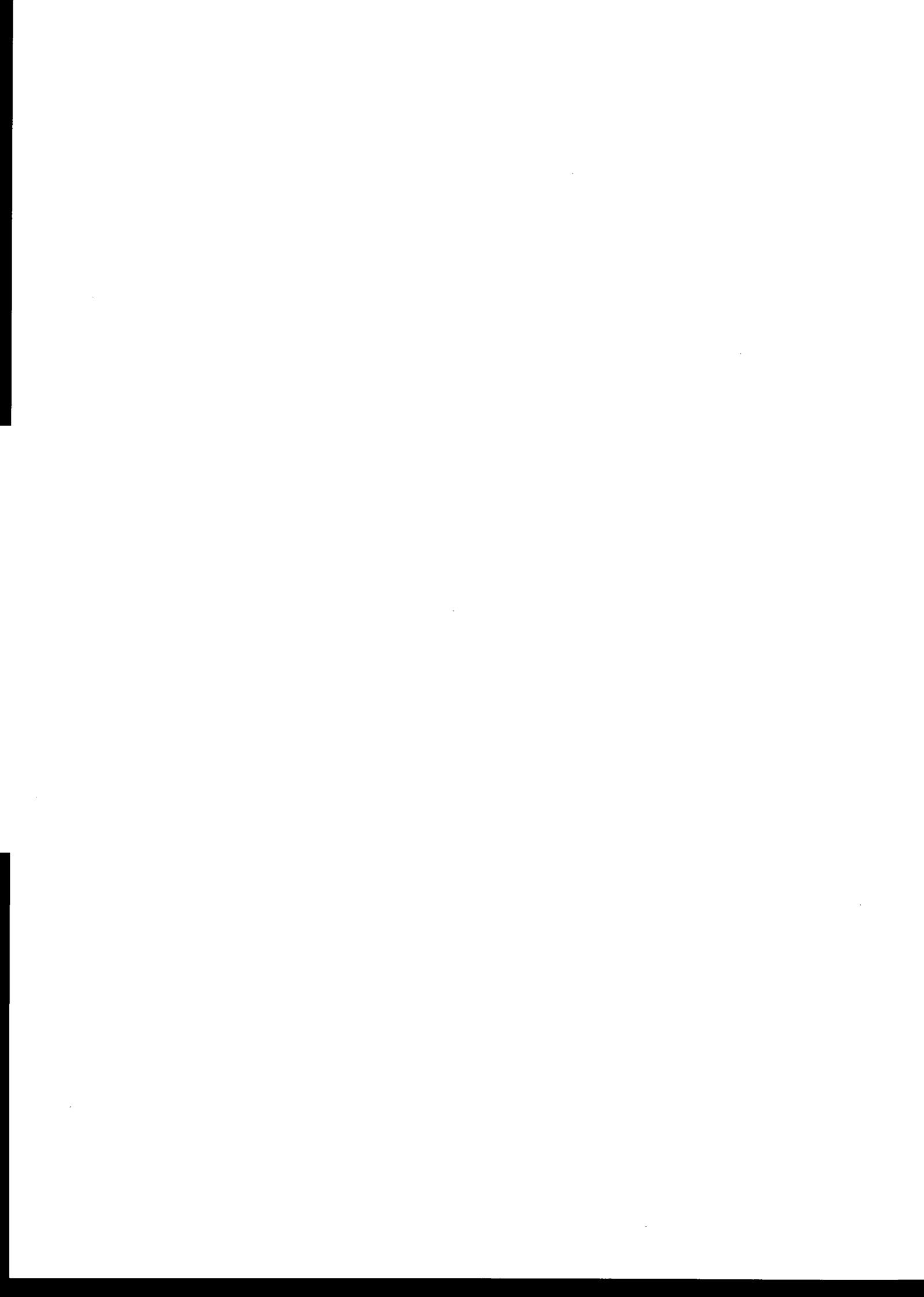
OVER, Albert. Die deutschsprachige Forschung über Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kommentierte Bibliographie 1965-1985. München u.a., 1988.

TURNER, Georg. "Hochschulreformpolitik. Versuch einer Bilanz." Politik und Zeitgeschichte, Beilage 3-4 (1984): 24-35.

WAGEMANN, Carl-Hellmut. "Kurzstudiengänge an die Universitäten! Verwirrspiel in der Hochschulpolitik." GEW-Dok E 84/4/6. Frankfurt (1984): 1-13.

WILDT, Johannes. "Elite - Differenzierung - Wettbewerb. Zur Hochschulausbildungspolitik der Wende." **Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule.** Hg. G. Köhler. Freiburg/Br., 1986: 132-147.

WILDT, Johannes. "Gewerkschaften und Studienreform." **Hochschule in der Demokratie - Demokratie in der Hochschule.** Hg. G. Köhler. Freiburg/Br., 1986: 125-131.



## 1. Gesetze, Programme, Bibliographien und Zeitschriften zur Studienreform

### 1.1 Zur rechtlichen Problematik

Wie vorher schon in einigen Gesetzen der Länder wie Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen wurde im Hochschulrahmengesetz von 1976 Studienreform als gesetzliches Ziel für Hochschulen und Staat formuliert. Die Studienreformziele sollten nach dem HRG in kooperativen Verfahren, den Studienreformkommissionen, diskutiert, präzisiert und in den Hochschulen realisiert werden. In diesem Verfahren waren erstmals für das bundesdeutsche Hochschulwesen Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgebern als Mitwirkende an der Veränderung von Hochschulausbildung fest institutionalisiert. In den §§ 7-9 Hochschulrahmengesetz sind die Ziele und Verfahren für die Studienreform formuliert. Ausführliche Kommentierungen auch zu diesen Passagen des Gesetzes befinden sich im Hochschulrahmengesetz-Kommentar von P. Dallinger, C. Bode und F. Dellian (Lit. 3). Diese gesetzlichen Vorgaben für die Studienreform waren Gegenstand von Erörterungen zum Verhältnis staatlicher Mitwirkung und grundgesetzlich garantierter Hochschulautonomie (Lit. 1) und zur Problematik der Anpassung der Landeshochschulgesetze an die Regelungen des HRG (Lit. 2). Von gewerkschaftlicher Seite wurde das Hochschulrahmengesetz 1976 als in seinen Reformregelungen zu wenig weitgehend eingestuft (Lit. 5).

Aus dem Umfeld des Hochschulverbandes ist ein "Handbuch des Wissenschaftsrechts" herausgegeben worden (Lit. 4). Dieses Handbuch umfaßt die Vorstellung der Gesetzgebung des Bundes und der Länder, sowie Rechtsprechung und wissenschaftliche Auseinandersetzung. Die Rechtsaspekte, die das Studium und die Studenten betreffen, werden im Band 1 (611-828) abgehandelt.

### Literatur:

1. ARNDT, Hans-Wolfgang. "Studienreform und Studienreformkommission. Zur verfassungsrechtlichen Problematik des § 9 HRG." Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung. Bd. 12 3 (1979): 213-230.

2. AVENARIUS, Hermann. Hochschulen und Reformgesetzgebung. Zur Anpassung der Länderhochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz. (Schriften zum öffentlichen Recht 369). Berlin: Dunker + Humblot, 1979.
3. DALLINGER, Peter, Christian BODE und Fritz DELLIAN. Hochschulrahmengesetz. Kommentar. Tübingen: Mohr, 1978.
4. Handbuch des Wissenschaftsrechts. 2 Bde. Hg. FLÄMIG, Christian u.a. Berlin: Springer, 1982.
5. Stellungnahme zum Hochschulrahmengesetz. Hg. GEW. (Mat HoFo 7). Frankfurt: Mimeo 1976.

## 1.2 Bibliographien, Nachschlagwerke, Zeitschriften

Ein umfassendes Übersichtswerk zur Studienreform existiert nicht. Mit dem Band "Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule" (Lit. 1) liegt seit kurzem (1983) eine ausführliche Übersicht vor, die viele Aspekte der Studienreform unter den jeweiligen Themen aufnimmt. In Aufsatzform werden das Verhältnis zwischen Hochschule und Gesellschaft (Autoren sind E. Becker, U. Teichler, J. Klüver, G. Portele und L. Huber), die Hochschule als soziale Organisation unter den Aspekten ihrer Geschichte und der in ihr Arbeitenden (Autoren sind W. Nitsch, H.-W. Prah1, W.-D. Webler, L. Huber, G. Portele, H. Griesbach, F. Durrer, G. Kath und C. Oehler), Themen aus der Hochschulplanung, Hochschulökonomie und aus dem Hochschulrecht (Autoren sind H. Brinckmann, H. Reinisch, W. Raith und U.K. Preuß) und die Aufgabenfelder der Hochschuldidaktik (Autoren sind J. Wildt, R. Schulmeister, D. Hounsell, W. Rieck, U.P. Ritter, J. Klaus, D. Müller, S. Vahrenkamp, M. Kuda, E. Sperling, R. Schmid und H.-W. Prah1) erörtert. Ein Lexikon erlaubt insbesondere auch nach den Stichworten von Studienrichtungen und Reformthemen weitere Übersichten. Sämtliche Beiträge enthalten ausführliche Angaben zu weiterführender Literatur.

Globalere Informationen über das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland gibt der Band von H. Peisert und G. Framheim (Lit. 3). Hier wird das Hochschulsystem in einem förderativen Staat nach Auftrag und Umfang behandelt.

Zur Studienreform speziell gibt es auch Bibliographien:

Eine kommentierte Bibliographie insbesondere über Modellversuche ( von 1977) (Lit. 2), eine jährlich neu erscheinende und bisher in 12 Bänden erschienene Bibliographie von O. F. Wiegand (Lit. 4) sowie die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz in hektographierter Form herausgegebene Bibliographie zum Hochschulwesen mit ca. 20 Folgen im Jahr.

An Zeitschriften, in denen sich Hinweise und Informationen über einzelne Aspekte der Studienreform finden und/oder die aktuelle hochschulpolitische Diskussion verfolgt werden kann, sind in einer Auswahl zu nennen:

- "Erziehung & Wissenschaft": das bundesweite Organ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: dort befindet sich eine regelmäßige Berichterstattung aus gewerkschaftlicher Sicht über aktuelle hochschulpolitische Ereignisse. Zur vertiefenden Hintergrundinformation sei auf die vom GEW-Hauptvorstand herausgegebenen "Materialien und Dokumente aus Hochschule und Forschung" (MathoFo) hingewiesen.
- "DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik": in dieser Monatszeitschrift des DGB, die die gesamte Spanne des Bildungswesens umfaßt, werden immer wieder gewerkschaftliche Beiträge zur hochschulpolitischen Auseinandersetzung veröffentlicht.
- "Informationen: Bildung, Wissenschaft.": diese Veröffentlichung des Referats Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft enthält regelmäßig Informationen aus dem Hochschulbereich und zur Studienreform, sowie Hinweise auf weitere Veröffentlichungen des Ministeriums und kann auf Anfrage kostenlos bezogen werden.
- "Deutsche Universitäts-Zeitung (DUZ)": ein verbandsunabhängiger monatlich zweimal erscheinender Hochschulinformationsdienst, in dem hochschulpolitische Ereignisse von Hochschulangehörigen kommentiert und weitere Hintergrundinformationen gegeben werden.
- Die Berufwahlmagazine "Uni" und "Abi", die von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben werden und ausführlich über Studienmöglichkeiten und -konzepte sowie Berufschancen informieren.
- "Mitteilungen des Hochschulverbandes": Organ des Verbandes der Universitätsprofessoren, die als Sprachrohr konservativer und ständischer Universitätspolitik bezeichnet werden kann.
- "BdWi-Forum": die Zeitschrift des Bundes demokratischer Wissenschaftler, deren Beiträge hochschulpolitische Ereignisse und Maßnahmen aus der Sicht von Reformengagierten kommentieren.

- "Hochschulausbildung. Zeitschrift für Hochschuldidaktik und Hochschulforschung": diese Zeitschrift wird von Wissenschaftlern aus dem Kreis der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik herausgegeben und enthält auch Beiträge über einzelne Themen der Studienreform.
- "Informationen zur Hochschuldidaktik": Mitgliederzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik, die kurze Darstellungen über hochschuldidaktische Forschungsthemen und Projekte oder andere Aktivitäten von Hochschuldidaktikern enthält.

Von der Westdeutschen Rektorenkonferenz werden "Verzeichnisse der Prüfungs- und Studienordnungen an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland" (in 16 Bänden) herausgegeben, in denen sämtliche Prüfungs- und Studienordnungen auf dem neuesten Stand dokumentiert sind.

#### Literatur:

1. Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10) Stuttgart: Klett-Cotta, 1983.
2. MEINDL, Ulrich. Zur Situation der Studienreform: Eine kommentierte Dokumentation. (HIS-Brief 62). München: Hochschulinformationssystem, 1977.
3. PEISERT, Hansgert und Gerhild FRAMHEIM. Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Klett-Cotta, 1979.
4. WIEGAND, Otto Friedrich. Hochschulreform, Hochschulgesetzgebung, Studienreform. Eine Literaturübersicht. (Universitätsbibliothek 12. Folge) Kiel: Universität Kiel, 1983.

### 1.3 Leitsätze und Programme zur Studienreform

#### Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Eine relativ umfassende Darstellung von Dokumenten (bis 1979) zur Entwicklung der Studienreformziele, -positionen und -diskussionen enthält ein Sammelband, der vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft herausgegeben wurde (Lit. 13). Zu Beginn der überregionalen Studienreformkommissionen 1978 äußerte sich die damalige Bundesregierung in "Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" (Lit. 3). Darin wird die Notwendigkeit von Studienreform vor dem Hintergrund der Expansion der Studentenzahlen unterstrichen und dem Studium die Funktion einer wissenschaftlichen Berufsausbildung für 1/5 eines Altersjahrgangs zugesprochen. Vermehrter Praxisbezug des Studiums, was nicht spezieller Berufspraxisbezug sein soll, wird dafür u.a. als Ziel formuliert. Studienreform soll dabei auf dem Wege der Verständigung zwischen Staat und Berufspraxis (als gesellschaftliche Interesseninstitutionen) und den Hochschulen vorangebracht werden. Studienreformkommissionen sollen Foren für diese Verständigung sein.

#### Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Studienreformdiskussion und Programmentwicklung hat ihre Wurzeln in der Hochschulreform- und Studentenbewegung der 60er Jahre. Anfang der siebziger Jahre fanden unter Beteiligung von Gewerkschaften mehrere Studienreformkongresse statt (Lit. 14, 17), zu denen parallel auch die innergewerkschaftliche Diskussion um die Hochschul- und Ausbildungsreform entstand (Lit. 10, 16).

Im "Verein zur Förderung der Studienreform" (VFS) wurde ein gewerkschaftliches Handlungskonzept für die Studienreform in den Hochschulen und Vorschläge für inhaltliche Veränderungen in einzelnen Studiengebieten, sowie für neue Lernformen erarbeitet. In seine Arbeit wurden erstmals neben dem DGB mehrere Einzelgewerkschaften in die Studienreform miteinbezogen (ÖTV, IG Chemie, GEW, IG Metall, IG Bau-Steine-Erden). Im Laufe seiner etwa fünfjährigen Arbeit bis 1979 entstanden über 20 einzelne Veröffent-

lichungen zu verschiedenen Studienreformthemen (Lit. 11).

Bis heute fassen die "Leitsätze des DGB zur Studienreform" von 1978 (Lit.12) die programmatischen Ziele für gewerkschaftliches Handeln in der Studienreform zusammen. In ihnen wird der gesellschaftliche Auftrag der Hochschulen betont, der die Hochschulen zur Veränderung ihres Studienangebots im Sinne einer Politik der Öffnung der Hochschulen für breite Bevölkerungsschichten herausfordert. Dabei wollen die Gewerkschaften wirksam mitbestimmen. Hochschulausbildung ist im gewerkschaftlichen Verständnis wissenschaftliche Berufsausbildung für berufliche Tätigkeitsfelder. In den Leitsätzen sind Vorstellungen über die Gliederung des Studiums formuliert. Schließlich wird die voll stimmberechtigte Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in den Studienreformkommissionen gefordert.

1982 wurden die verschiedenen Programme des DGB zum "Bildungspolitischen Programm" des DGB zusammengefaßt. Es enthält die

- bildungspolitischen Vorstellungen des DGB vom 7.3.1972,
- Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung vom April 1972,
- Forderungen des DGB zur Hochschulreform (23 Thesen) vom 8.5.1973 (Lit. 9) und die (33) Leitsätze des DGB zur Studienreform von 1978.

Im Laufe der Studienreformerarbeit sind eine Reihe von Veröffentlichungen zur Studienreform in den Einzelgewerkschaften (siehe unter 2.6).

Gewerkschaftliche Forderungen wurden in den Hochschulen besonders vom "Bund demokratischer Wissenschaftler" aufgenommen, in dem reformengagierte Wissenschaftler zusammengeschlossen sind (Lit.1,2)

#### Wissenschaftsrat

Der Wissenschaftsrat, 1957 eingerichtet, ist eine aus anerkannten Wissenschaftlern und Personen des öffentlichen Lebens zusammengesetzte Einrichtung, deren Arbeit Beratungscharakter für die staatliche Hochschul- und Bildungspolitik hat. Der Wissenschaftsrat beschließt Empfehlungen, die praktische Auswirkungen haben. Auch für die Studienreform hat der Wissen-

schaftsrat bedeutsame Empfehlungen getroffen. In seinen Empfehlungen von 1966 kam eine Hinwendung des Hochschulstudiums zur Breitenausbildung zum Ausdruck, die Konsequenzen für die Organisation des Studiums hatte (Lit. 3a). 1970 schlugen die Wissenschaftsratsempfehlungen ein kooperatives Verfahren zwischen Staat, Hochschulen und Berufspraxis zur Studienreform vor, wie es später in etwas abgewandelter Form mit den Studienreformkommissionen realisiert wurde (Lit. 4). Bereits 1976 empfahl der Wissenschaftsrat eine Differenzierung des bestehenden Studienangebots unter den Aspekten der Wissenschaftsentwicklung und der geänderten Beschäftigungsperspektiven von Absolventen insbesondere der geisteswissenschaftlichen Studiengänge (Lit. 5). 1978 präziserte der Wissenschaftsrat seine Differenzierungsvorstellungen: Er empfahl Kurzstudium mit Diplom-Abschluß in den Bereichen Englisch, Philologie, Romanistik, Germanistik und Geschichte, die nicht (mehr) auf ein berufliches Tätigkeitsfeld abzielen sollen, sondern auf das "Training multifunktionaler Fähigkeiten" abzielen. Daneben sollen Aufbaustudiengänge mit besonderen Zulassungsbedingungen eingerichtet werden (Lit. 6). Dieses Konzept von Kurzstudiengängen für die breite Masse der Studenten und wissenschaftliche Aufbaustudiengänge für wenige dient heute u.a. als Basis für eine erneut aufgekommene hochschulpolitische Diskussion um Hochbegabtenstudium und Eliteausbildung.

Weitere Empfehlungen des Wissenschaftsrates, z. B. zu den Fachhochschulen (Lit. 7), zur Lage in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Berufen (Lit. 5) und zur Forschung in der Psychologie (Lit. 8) haben Auswirkungen auf die Studienreformdiskussion gehabt. In seinen Empfehlungen von 1983 (Lit. 18) tritt der Wissenschaftsrat für eine Beibehaltung der Politik der Öffnung der Hochschulen ein, er spricht sich vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit vieler Hochschulabsolventen jedoch für Bemühungen um eine höhere Attraktivität anderer Ausbildungsgänge als das Hochschulstudium aus. Er mißt der Verkürzung der Studienzeiten weiterhin eine große Bedeutung zu. Er spricht sich dagegen aus, daß ein Hochschulstudium eine bestimmte Einkommenshöhe bzw. Vergütungseinstufung bei Berufseintritt begründe.

1. Bund demokratischer Wissenschaftler. "Arbeitsprogramm für die 80er Jahre." BdWi Forum 51/52 (1983): 11-15.
2. Bund demokratischer Wissenschaftler. "Vorschläge und Forderungen für eine demokratische Studienreform. Deutsche Universitäts-Zeitung 2. (1979): 56.
3. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. "22 Orientierungspunkte des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Hochschulausbildung." Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Schriftenreihe Hochschule 30). Bonn (1979): 261-274.
- 3a. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1966).
4. Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Band I Empfehlungen. H.g Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (Okt. 1970).
5. Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs. H.g Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1976).
6. Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1978).
7. Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1981).
8. Empfehlungen zur Forschung in der Psychologie. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, 1983.
9. Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bildungspolitik, Beruflichen Bildung, Hochschulreform. Hg. DGB. Düsseldorf: DGB, o.J. (1973).
10. FRISTER, Erich. "Gewerkschaften und Hochschulen." (1972) Hochschulen und Gewerkschaften. Hg. Hans-Dieter BAMBERG, u.a. Köln: Bund, 1979. 474-483.
11. Hochschulausbildung im Arbeitnehmerinteresse. Kooperation von Gewerkschaften und Hochschulen. Hg. VFS. Köln: Bund, 1980.
12. "Leitsätze des DGB zur Studienreform vom 25.8.1978 (33 Leitsätze)." Hochschulausbildung im Arbeitnehmerinteresse. Hg. VFS. Köln: Bund, 1980.
13. Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Schriftenreihe Hochschule 30) Bonn: BMBW, 1979.
14. Protokoll des Kongresses Wissenschaft und Demokratie. Veranstaltet vom Bund demokratischer Wissenschaftler, BAK, GEW und VDS am 1. und 2. Juli 1972 in Marburg. Hg. Jutta FREYBERG, Köln: Pahl-Rugenstein, 1973.
15. Stellungnahme zur Lage in den Ingenieur- und Naturwissenschaftlichen Berufen. Hg. Wissenschaftsrat. Berlin: Wissenschaftsrat, 1982.
16. VETTER, Heinz Oskar. "Hochschule in der Arbeitnehmergesellschaft." (1976) Hochschulen und Gewerkschaften. Hg. Hans-Dieter BAMBERG, u.a. Köln: Bund, 1979. 458-464.

17. Was wird aus der Studienreform? Hg. Stephan FREIGER, Bernhard NAGEL und Christian RABE. Frankfurt: Fischer, 1973.
18. Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre. Textteil. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, 1983.

## 2. Studienreformthemen seit den siebziger Jahren

### 2.1 Studienreform durch die Neuordnung im Hochschulwesen und Neugestaltung des Studiensystems

Organisatorische Hochschulreform mit Studienreform zu verbinden war ein Ziel der Gesamthochschulen. Programmatische Vorläufer und Wegbereiter für die Gesamthochschule waren die Diskussionen und Papiere der Bundesassistentenkonferenz Ende der 60er Jahre. Das "Kreuznacher Hochschulkonzept" von 1968 (Lit. 19) und konkreter der "Bergneustädter Gesamthochschulplan" von 1970 (Lit. 1) waren Vorschläge, die inhaltliche Reform der Hochschulausbildung (Lit. 10) mit den Forderungen nach Demokratisierung der Hochschule zu verbinden. Zentrales Ziel der Gesamthochschule war (und ist), die getrennten Studiengänge in tätigkeitsfeldorientierte Studiengänge unter einem Hochschuldach zu integrieren. Zusammenfassung verschiedener Zugangsqualifikationen, Interdisziplinarität, Praxisbezug, gestufte berufsqualifizierende Abschlüsse sind weitere Merkmale von Gesamthochschulstudiengängen.

Frühe staatliche Planungen und Realisierung von Gesamthochschulen fanden in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen statt. In Baden-Württemberg scheiterten die Gesamthochschulversuche (Heymann und Karcher gehen in ihrer Fallstudie der Einführung eines integrierten Studiengangs den Gründen des Scheiterns nach, Lit. 4), in Hessen wurde die Gesamthochschule Kassel und in Nordrhein-Westfalen die 6 Gesamthochschulen in Essen, Duisburg, Wuppertal, Siegen, Paderborn und Hagen (Fernuniversität) (Lit. 12) eingerichtet.

In Kassel gibt es integrierte Studiengänge als konsekutives Modell mit zwei aufeinanderbauenden berufsbezogenen Abschlüssen und Berufspraktische Studien als Bestandteile des Studiums (Lit. 20), in Nordrhein-Westfalens Gesamthochschulen gibt es integrierte Studiengänge nach dem sog. Y-Modell mit zwei Studienmöglichkeiten (Lang-/Kurzstudium) nach gemeinsamem Grundstudium.

In den siebziger Jahren sind Gesamthochschulen in der Bundesrepublik ohne weitere Verbreitung geblieben (Lit. 11). Den Verlaufsprozessen der bundesdeutschen Gesamthochschulen geht eine Studie des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs-

und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel nach (Lit. 2). Die zehnjährigen Bestehen der Gesamthochschulen gaben auch unter dem Aspekt ihres Beitrags zur Studienreform Anlaß für (kritische) Bestandsaufnahmen: Für die Gesamthochschule Kassel (Lit. 7, 21 und die Sammlung kritischer Selbsteinschätzungen aus den verschiedenen Studienbereichen der Gesamthochschule Kassel, Lit. 13) und für die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen ("Gesamthochschule - Versäumte Chancen?", Lit. 14). In diesen Bänden befinden sich auch weiterführende Literaturhinweise über einzelne Studienkonzepte in den Hochschulen.

Nicht nur in Gesamthochschulen wurde die Studiengangsentwicklung unter den Zielen der Hochschul- und Studienreform gesehen. Besonders die als Reformuniversitäten 1972 gegründeten Universitäten in Bremen und Oldenburg (und Osnabrück) waren im Rahmen ihrer Studienentwicklungen, Projektstudium in Bremen und Einphasige Lehrerausbildung in Oldenburg, bestrebt, Studienreformziele weitgehend zu realisieren.

Auch hier zehn Jahre danach kritische Bestandsaufnahme über das Erreichte: Die Beiträge in einem Band über die Bremer Universität (mit dem Untertitel "Keine Festschrift" (Lit. 25) und ein Sammelband über die "Reform-Ruinen" u. a. in Oldenburg (Lit. 22), außerdem Bochum, Bremen und Roskilde). Besonders für die Erinnerung an die Ziele der Bremer Universität sei die Lektüre von Thomas von der Vring, des Gründungsrektors der Bremer Universität, empfohlen (Lit. 26).

Neue und andere Studiengänge zu entwickeln, war Anliegen der Studienreform in allen Hochschulen. Die unterschiedlichen Anliegen und Motive für Studienreform und die daraus resultierenden Vorstellungen von Studiengängen und Studienbestandteilen beschreibt J. Wildt (Lit. 27). Er verweist darauf, daß eine Reihe teils widersprüchlicher Hintergründe und Funktionen der Studiengangsentwicklung in den siebziger Jahren zu Grunde lagen: die Funktion der Rationalisierung der Hochschulausbildung (Lit. 15), die Funktion der Anpassung an die Wissenschaftsentwicklung (Lit. 17), die Funktion der Anpassung des Studiums an berufliche Anforderungen (Lit. 24) und die Funktion der Reproduktion sozialer Strukturen.

Die Bewältigung großer Studentenzahlen und die Berufsqualifizierung durch das Studium sind staatliche Motive für die Beteiligung und Förderung der Neugestaltung des Hochschulwesens und der Studienreform gewesen. Kapazitätsverordnungen und Einführung von Regelstudienzeiten (Lit. 23) haben immer einen wichtigen Hintergrund für die Realisierung von Studienreformbestrebungen abgegeben. Sie waren auch die Basis für die Entwicklung konservativer Konzepte von Studienreform (siehe die Beiträge in Lit. 16) und leben heute in der Diskussion um Elitestudium und Kurzzeitstudium wieder auf.

Die Diskussion um Kurzzeitstudiengänge wurde 1978 mit den "Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots" des Wissenschaftsrats aufgeworfen (Lit. 5). Darin wird vorgeschlagen, an wissenschaftlichen Hochschulen im wesentlichen disziplinenorientierte kurze Studiengänge einzuführen, die mit berufspraktischen Anteilen die Arbeitsmarktchancen der Absolventen verbessern helfen sollen. Kritisch äußerte sich die Arbeitgeberseite zu diesem Konzept (Lit. 6). Gewerkschaftliche Stellungnahmen kritisieren die intendierte einseitige Orientierung der Hochschulausbildung an den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes (Lit. 3, 18).

#### Literatur:

1. Bergneustädter Gesamthochschulplan. Hg. Bundesassistentenkonferenz. (Schriften der BAK 8) Bonn: Mimeo, 1970.
2. CERYCH, Ladislav, Aylā NEUSEL, Ulrich TEICHLER und Helmut WINKLER: Gesamthochschule - Erfahrungen, Hemmnisse, Zielwandel. Frankfurt, New York: Campus, 1981.
3. Das Kurzstudium ist keine Alternative. GEW-Stellungnahmen zu den Wissenschaftsrats-Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Hg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Im Brennpunkt) Frankfurt: Mimeo, April 1980.
4. Das Scheitern der Hochschulreform. Fallstudie zur Gesamthochschulplanung in Baden-Württemberg 1968 - 1975. Hg. Klaus-Dieter HEYMANN und Wolfgang KARCHER. Weinheim, Basel: Beltz, 1976.
5. Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Hg. Wissenschaftsrat. Köln: Wissenschaftsrat, 1978.
6. "Fachhochschule - Kurzstudiengänge. Gedanken zur Differenzierung des Studienangebots." (1978) Hg. Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände. Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Schriftenreihe Hochschule 30). Bonn: BMBW, 1979. 305-306.

7. FAULSTICH, Peter und Hartmut WEGENER. Gesamthochschule. Zukunftsmodell oder Reformruine? - Beispiel Gesamthochschule Kassel. Bad Honnef: Bock & Herchen, 1981.
8. FLECHSIG, Karl-Heinz. "Die Entwicklung von Studiengängen." Karl-Heinz FLECHSIG, Ludwig HUBER und Harro PLANDER: Gesamthochschule - Mittel oder Ersatz für Hochschulreform? Stuttgart: Klett, 1975. 167 ff.
9. FLECHSIG, Karl-Heinz, Ludwig HUBER und Harro PLANDER. Gesamthochschule - Mittel oder Ersatz für Hochschulreform? Stuttgart: Klett, 1970.
10. Forschendes Lernen, wissenschaftliches Prüfen. Hg. Bundesassistenten-Konferenz (Schriften der BAK 5) Bonn: Mimeo, 1970.
11. Gesamthochschule. Eine vorläufige Bilanz. Hg. Jörn SCHMIDT. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 60) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1980.
12. Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hg. Minister für Wissenschaft und Forschung Nordrhein-Westfalen. 6. A. Düsseldorf: Minister für Wissenschaft und Forschung, 1979.
13. Gesamthochschule Kassel 1971-1981. Rückblick auf das erste Jahrzehnt. Hg. Norbert KLUGE, Aylā NEUSEL, Christoph OEHLER und Ulrich TEICHLER. Kassel: Stauda, 1981.
14. Gesamthochschule - Versäumte Chancen? 10 Jahre Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hg. Jürgen KLÜVER, Wolfdiétrich JOST und Karl-Ludwig HESSE! Opladen: Leske + Budrich, 1983.
15. HÜLSMANN, Bernd. "Hochschule und Wissenschaft zwischen Effektivierung und Formierung." Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Hg. Ulla BRACHT, u.a. Köln: Pahl-Rugenstein, 1977.
16. KEWENIG, Wilhelm u.a. Regelstudienzeit und Studienreform. (Studie zur politischen Bildung Band 4) Bonn: Bonn Aktuell, 1979.
17. KLÜVER, Jürgen. "Hochschule und Wissenschaftssystem." Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10) Stuttgart: Klett-Cotta, 1983. 78-91.
18. KÖHLER, Gerd. "Auch die Wissenschaftsweisen basteln 'in Unschuld' an Reformen." Erziehung & Wissenschaft 6 (1978).
19. Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Hg. Bundesassistentenkonferenz. (Schriften der BAK 1) Bonn: Mimeo, 1968.
20. NEUSEL, Aylā. "Das 'Kasseler Modell' der integrierten Studiengänge - von innen betrachtet." Gesamthochschule Kassel 1971-81. Hg. Norbert KLUGE u.a. Kassel: Stauda, 1981. 65-90.
21. NEUSEL, Aylā. "Unsere Universität heißt Gesamthochschule. 10 Jahre Kassel. Eine Reform wird Alltag." Erziehung & Wissenschaft 5 (1982): 27-30.

22. NITSCH, Wolfgang u.a. Reform-Ruinen Bremen, Oldenburg, Roskilde. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 72) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1982.
23. REINISCH, Holger. "Die Ökonomie des Hochschulwesens." Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10) Stuttgart: Klett-Cotta, 1983. 265-280.
24. TEICHLER, Ulrich. Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen. München: Saur, 1981.
25. Thema: Zehn Jahre Universität Bremen. Keine Festschrift. Hg. Rektor der Universität Bremen (diskurs 7) Bremen: Universität, 1982.
26. VRING, Thomas von der. Hochschulreform in Bremen. Bericht des Rektors über Gründung und Aufbau der Universität Bremen während seiner Amtszeit von 1970 bis 1974. Frankfurt, Köln: EVA, 1975.
27. WILDT, Johannes. "Studiengangsentwicklung und Studiengangsmodelle." Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10) Stuttgart: Klett-Cotta, 1983. 307-330.

## 2.2 Projektstudium

Projektstudium ist das umfassendste Studienreformkonzept, das Studium im ganzen unter den Aspekten interdisziplinäres Lernen und Lehren, Praxisbezug, Erfahrungslernen und Selbstorganisation des Studiums durch die Studenten verändern will, (siehe die Kurzinformationen in Lit. 12). Vorschläge für die Umsetzung dieser Idee wurden von der Bundesassistentenkonferenz mit dem Papier "Forschendes Lernen - wissenschaftliches Prüfen" 1970 formuliert.

Projektstudium wurde vor allem im Zuge der Neugründung von Reformhochschulen eingeführt; auch in bestehenden Studiengängen an anderen Hochschulen wurde versucht, Projektstudienelemente einzuführen. Übersichten über diese Versuche und Projekte geben beispielsweise Kurzinformationen in Lit.12). Vorschläge für W. Fichten, K. Jaeckel und R. Stinshoff für die einphasigen Lehrer- und Juristenausbildungen (Lit. 9, siehe auch die Beispiele aus der Universität Oldenburg in Lit. 4), R. Tippelt für die Pädagogenausbildung (Lit. 11), M. G. Cornwall und F. Schmithals für die Naturwissenschaften (Lit. 8) und W. Neef und M. Hamann für Ingenieur-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften (Lit. 7). Insbesondere das Bremer Projektstudium wird aus den eigenen Reihen sehr kritisch als staatliches Integrations- und Rationalisierungsinstrument gesehen (Lit. 2, siehe auch Lit. 10).

Projektstudium als theoretisches und programmatisches Studienkonzept wurde für Bremen (Lit. 1) und allgemein (Lit. 5, 6) formuliert. Im Sammelband von S. Hering und H. Hermanns werden die verschiedenen Aspekte des Projektstudiums abgehandelt (Lit. 3). Insbesondere steht die Umsetzung und Veränderung der Idee des Projektstudiums sowie seine zukünftigen Chancen unter veränderten (restaurativen) Bedingungen im Vordergrund der Beiträge.

### Literatur:

1. BERNDT, E. B. u.a. Erziehung der Erzieher. Das Bremer Reformmodell. Ein Lehrstück zur Bildungspolitik. Reinbek: Rowohlt, 1972.
2. DRECHSEL, Wiltrud U. und Bodo VOIGT, "Projektstudium in der Lehrerbildung - Erfahrungen und Vorschläge. Wolfgang NITSCH u.a. Reform-Ruinen. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 72) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1982. 113-147.

3. Lernen und Verändern. Zur Theorie und Praxis des Projektstudiums. Hg. Sabine HERING und Harry HERMANN (Blickpunkt Hochschuldidaktik 49) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1978.
4. Möglichkeiten und Grenzen des Projektstudiums oder: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Hg. Prodosh AICH und Dieter SCHULLER (Materialien P 9) Oldenburg: Zentrum für pädagogische Berufspraxis, 1978.
5. Projektorientiertes Studium I. Hg. Gerd GEHRMANN und Johannes WILDT. (Hochschuldidaktische Arbeitspapiere 2) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1973.
6. Projektorientiertes Studium II. Hg. Johannes WILDT. (Hochschuldidaktische Arbeitspapiere 6) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1975.
7. Projektstudium von Ingenieuren, Wirtschafts- und Naturwissenschaftlern. Hg. Wolfgang NEEF und Manfred HAMMANN. (Hochschuldidaktische Materialien 1) Alsbach: Leuchtturm, 1983.
8. Projektstudium in den Naturwissenschaften. Hg. Friedemann SCHMITHALS und Malcolm G. CORNWALL. (Hochschuldidaktische Materialien 59) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1977.
9. Projektstudium und Praxisbezug. Wolfgang FICHTEN, Klaus JAECKEL, Richard STINSHOFF. Frankfurt, New York: campus, 1978.
10. "Projektstudium. Wider die verordnete Selbstorganisation." päd-extra Sozialarbeit 11. (Schwerpunktheft). (1980).
11. TIPPELT, Rudolf. Projektstudium. München: Kösel, 1979.
12. WILDT, Johannes. "Projektstudium." Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10). Stuttgart: Klett-Cotta, 1983. 671-674.

### 2.3 Praxisorientierung des Studiums

Neben dem Projektstudium kennzeichnen die Bemühungen um mehr Praxisorientierung des Studiums die Studienreformforderungen der letzten 15 Jahre. Im Hochschulrahmengesetz von 1976 wird die Vorbereitung auf berufliches und gesellschaftliches Handeln als Ausbildungsziel wissenschaftlicher Hochschulen in bis dahin ungewöhnlicher Weise in den Mittelpunkt gestellt. Für die Gewerkschaften ist Studium "wissenschaftliche Berufsausbildung" (DGB-Leitsätze zur Studienreform), und auch die Arbeitgeber bezeichnen Praxisbezug als "Kernstück" der Studienreform (Lit. 6). Die Positionen zur Praxisorientierung aus den Hochschulen selbst sind nicht ganz so einmütig (siehe den Kongreßbericht über Praxisbezug von O. Herz, Lit. 13, darin E. Becker, Lit. 1).

Seither sind auch einige Arbeiten zur Frage des Tätigkeitsfeldbezugs und seiner Realisierung im Studium durchgeführt worden (siehe z. B. D. Hartung, W. Neef, R. Nuthmann, 1974, Lit. 8). Probleme und Konzepte für das Verhältnis zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem werden im Band von D. Hartung, R. Nuthmann und U. Teichler (1981, Lit. 9) diskutiert. Eine neuere Studie befaßt sich mit den Untersuchungen über Berufstätigkeiten von Hochschulabsolventen in den Bereichen Chemie, Ingenieurwissenschaften, Sozialpädagogik, Psychologie, Sozialwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Zahnmedizin (Lit. 2, siehe auch Lit. 4). Sie hat den Charakter eines Handbuchs zum Aspekt des Tätigkeitsfelds in der Studienreform. Tätigkeitsfelder für Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaftler haben schließlich auch arbeitgebernahme Wissenschaftler untersucht (Lit. 3, 10).

Praxisorientierung im Studium ist in vielfältigen Formen und Modellen in den Studiengängen realisiert worden und heute in den Hochschulen anzutreffen (siehe Lit. 15). Den Versuch, Praxisorientierung nach der Organisation des Praxisbezuges im Studium zu typologisieren, haben N. Kluge, A. Neusel und U. Teichler unternommen (1981, Lit. 11): Sie klassifizieren mit Hilfe einiger Beispiele praxisorientierte Veranstaltungen innerhalb der Hochschule, Projektstudium, Praxisveranstaltungen außerhalb der Hochschulen, neue Studiengänge und Studiengangsbestandteile, einphasige Ausbildungsgänge und Kooperationsformen zwischen Hochschule und Berufspraxis (dieser Band enthält außerdem einen einführenden Aufsatz zur Praxisorientierung und weiterführende Literatur-

hinweise). Nach Berufsbereichen gegliedert, präsentiert die Dokumentation der Tagung zur Praxisorientierung des Studiums (1978) eine Übersicht über sehr viele Modelle und Projekte praxisorientierten Studiums (Lit. 15). In diesem Band befindet sich auch eine ausführliche Auswahlbibliographie zum Thema von R. Dobischat und S. Quadflieg (598-619). Berufspraxisbezug als Interpretation von Praxisorientierung kommt besonders in den Berufspraxissemestern an Fachhochschulen zum Ausdruck. Gewerkschaftliche Vorstellungen für die Durchführung von Praxissemestern werden im Rahmen des Vereins zur Förderung der Studienreform erarbeitet (Lit. 7). Das Modell der Praxissemester an den bayerischen Fachhochschulen wurde bisher als einziges wissenschaftlich ausgewertet (siehe die Kurzfassung der Studie, Lit. 12). Kritisch besonders zum direkten Berufsbezug der Praxissemester nahm der DGB Stellung (Lit. 5).

Praxisbezug stellt in den überregionalen Studienreformkommissionen ein gemeinsames Thema besonders der Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter dar, die zu diesem Thema auch eine gemeinsame Tagung durchgeführt haben (Lit. 16). Sie werden unterstützt von einigen Reformvertretern in den Studienreformkommissionen (siehe z. B. den Entwurf der "Grundsätze für Studium und Prüfungen" der Ständigen Kommission für die Studienreform von 1979, 17-18). Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft akzentuierte 1978 in seinen "Orientierungspunkten zur Hochschulausbildung" den verstärkten Praxisbezug des Studiums als eine der Hauptaufgaben von Studienreform.

#### Literatur:

1. BECKER, Egon. "Berufsorientierung. Zur Kritik einer populären Reformforderung." Praxisbezug im Studium. Hg. Otto HERZ. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 35) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1975. 88-104.
2. Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen. Forschungsergebnisse und Folgerungen für das Studium. Hg. Rolf HÖLTKAMP und Ulrich TEICHLER. Frankfurt, New York: Campus, 1983.
3. BÜRMANN, Jörg. Zehn Jahre praxisbezogene Studienreform im Spannungsfeld von "wissenschaftlichem Führungsanspruch" und "gesellschaftlicher Dienstleistungsfunktion". (Blickpunkt Hochschuldidaktik 46) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1977.

4. BUSCH, Dirk u.a. Tätigkeitsfelder und Qualifikationen von Wirtschafts-, Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaftlern. Frankfurt: Campus, 1981.
5. Deutscher Gewerkschaftsbund. "Stellungnahme zur Untersuchung 'Praktische Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern'." DGB - Gewerkschaftliche Bildungspolitik 11. (1980). 365-366.
6. FRANZ, Friedhelm-Heinrich und Hermann LINKE, "Praxisbezug - ein Kernstück der Studienreform." Deutsche Universitätszeitung 18. (1979). 584-586.
7. Gewerkschaftliche Vorschläge zur Durchführung der Ausbildung in den Berufspraxissemestern für Ingenieure. Hg. Verein zur Förderung der Studienreform. Bonn: VFS, 1977.
8. HARTUNG, Dirk, Wolfgang NEEF, Reinhard NUTHMANN. Tätigkeitsfeld und Praxisbezug. Stellungnahme zur Eingrenzung von Tätigkeitsfeldern und zur Verstärkung des Praxisbezuges von Bildungsgängen im Hochschulbereich. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 34). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1974.
9. HARTUNG, Dirk, Reinhard NUTHMANN, Ulrich TEICHLER. Bildung und Beschäftigung. Probleme, Konzepte, Forschungsperspektiven. München: Saur, 1981.
10. KEMMET, Claus, Hermann LINKE, Reinhard WOLF. Studium und Berufschancen. Eine Analyse der Wirtschaft zur Situation der Hochschulabsolventen in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften. (Wirtschaften, Verantworten, Gestalten 6). Herford, Bonn: Maximilian, 1982.
11. KLUGE, Norbert, Aylā NEUSEL, Ulrich TEICHLER. Beispiele praxisorientierten Studiums. (BMBW - Werkstattberichte 35). Bonn: BMBW, 1981.
12. Praktische Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Schriftenreihe Hochschule 36). Bonn: BMBW, 1981.
13. Praxisbezug im Studium. Dokumentation des Kongresses vom 20. - 22.11.1974. Hg. Otto HERZ (Blickpunkt Hochschuldidaktik 35). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1975.
14. Praxisorientierung als institutionelles Problem der Hochschule. Hg. Gabriele FREIDANK, Aylā NEUSEL und Ulrich TEICHLER. Frankfurt, New York: Campus, 1980.
15. Praxisorientierung des Studiums. Hg. Ulrich TEICHLER und Helmut WINKLER. Frankfurt, New York: Campus, 1979.
16. "Studienreform und Praxisbezug. Eine kontroverse Diskussion zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften." Erziehung und Wissenschaft 11. (1982): 33.

## 2.4 Studienreform und Studiengangsgestaltung

Eine sehr wichtige Frage für die Realisierung von Studienreform ist die Studiengangsgestaltung. Außer Praxisphasen im Studium sind davon berührt das Studium überhaupt zu gliedern, eine Orientierungsphase und Studienberatung vorzusehen, die Studieninhalte studierbar zu machen und die Prüfungsphasen sinnvoll zu gestalten; in dieses Konzept der Studiengestaltung gehört als Voraussetzungen die Erforschung von Lehr-/Lernsituationen und die Qualifizierung der Lehrenden. Dieser einzelnen Aspekte der Studiengangsgestaltung hat sich vor allem die Hochschuldidaktik angenommen.

Über die einzelnen Aufgabenfelder der Hochschuldidaktik informieren die verschiedenen Beiträge im Band Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule der Enzyklopädie Erziehungswissenschaft (Lit. 1; siehe auch Lit. 5).

Auf umfassende theoretische Literatur zu einzelnen Themen der Hochschuldidaktik wird in der kommentierten Bibliographie von H. Prior (1971; Lit. 7) hingewiesen. Ohne das Spektrum der Themen zur Studienreform und Studiengangsgestaltung abdecken zu wollen, seien auf einzelne Bücher zur Studienberatung (1983; Vorstellung verschiedener Konzepte in der Bundesrepublik, Lit. 10), zur Orientierungsphase (Lit. 9); zum Zusammenhang zwischen Hochschulsozialisation und Studienreform (Lit. 2, mit weiterwachsenden Literaturangaben), zu Hochschulprüfungen (Lit. 6, quasi ein Handbuch mit umfassender Bibliographie (213-310) über Prüfungssysteme an bundesdeutschen Hochschulen und Lit. 8) und zur inhaltlichen Gliederung des Studiums (Studierbarkeit, Lit. 4) aufmerksam gemacht. Weitere Themen und Abhandlungen sind in den Reihen "Blickpunkt Hochschuldidaktik", "Hochschuldidaktische Materialien" und "Hochschuldidaktische Forschungsberichte" der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik dokumentiert.

Die Diskussion über den zeitlichen Rahmen als Bedingung für den inhaltlichen Umfang eines Studiums wurde 1982 auch in der Ständigen Kommission für die Studienreform geführt (Lit. 3). Dort war der Anlaß, die unterschiedlichen Vorstellungen des Staates über Regelstudienzeiten und der Hochschulen über die Inhalte und erforderlichen Zeitaufwände für ein Studium einmal grundsätzlich zu klären (siehe die gewerkschaftlichen Positionen in Lit. 11).

Literatur:

1. Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Hg. Ludwig HUBER. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft 10). Stuttgart: Klett-Cotta, 1983. 307-450.
2. BARGEL, Tino und Jörg BÜRMANN. Hochschulsozialisation und Studienreform. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 44). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1977.
3. Dauer des Studiums und Studierbarkeit des Lehrangebots. Hg. Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen (Veröffentlichungen zur Studienreform 12). Bonn: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, o. J. (1983).
4. Der 28-Stunden-Tag. Ist das Studium überhaupt studierbar? Hg. Carl-Hellmut WAGEMANN (Blickpunkt Hochschuldidaktik 64). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981.
5. HERTZ, Hanno u.a. Aspekte der Studienreform II. Entwicklung von Studiengängen und Planung für Lernsituationen. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 57). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1979.
6. PRAHL, Hans-Werner. Prüfungssysteme und Prüfungsreformen an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Thesen, Konzepte, Ergebnisse, Forderungen (Blickpunkt Hochschuldidaktik 58). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik 1980. Bd. 2: Gutachten. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 59). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1980.
7. PRIOR, Harm. Kritische Bibliographie zur Hochschuldidaktik. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 17). Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1971.
8. Recht und Ökonomie der Hochschulprüfungen. Tagungsberichte über die Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik von 7.-9.10.1977. Hg. Michael DAXNER und Jochen GRIES. Osnabrück: Universität Osnabrück. 1978.
9. SCHULMEISTER, Rolf. Handbuch für Orientierungseinheiten. Weinheim, Basel: Beltz, 1982.
10. Stichwort Studienberatung. Bestandsaufnahme und Beispiele, Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Schriftenreihe Hochschule 42). Bonn: BMBW, 1983.
11. Thesen zum Kriterium der zeitlichen Studierbarkeit. Hg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt: Mimeo 1982.

## 2.5. Die Diskussion um die "Grundsätze für Studium und Prüfungen "

Den Studienreformzielen des Hochschulrahmengesetzes und den gewerkschaftlichen Zielen der Studienreform folgend engagierte sich der DGB-Vertreter in der Ständigen Kommission für Studienreform sehr stark, als es daran ging, "Grundsätze" für die Arbeit der Studienreformkommissionen zu formulieren. Gleich zu Beginn des Instrumentariums sehen sich die reformpolitisch engagierten Mitglieder der Ständigen Kommission mit einem Papier der Kultusministerkonferenz konfrontiert, das Studienreform im wesentlichen an staatlichen Interessen ausgerichtet sehen wollte (Lit. 14). Dieser Herausforderung insbesondere der Hochschulvertreter begegneten die Mitglieder A. v. Müller (Mittelbauvertreter aus Hamburg) und R. Krüger (Hochschullehrervertreter aus Bremen) mit einem eigenen Papier (Lit. 13), in dem gewerkschaftliche Studienreformforderungen stärker berücksichtigt wurden. Es entstand ein Kompromißpapier, das von der Ständigen Kommission als Entwurf für Grundsätze für Studium und Prüfungen (Lit. 6) verabschiedet wurde und das von Gewerkschaftern als "Ein tragfähiger, noch tragbarer Kompromiß" bezeichnet wurde (Lit. 2, weitere gewerkschaftliche Stellungnahmen in Lit. 3, 4, 5). Eine Reformposition aus den Hochschulen vertrat die Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, die sich vor allem mit der Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Entwurf der "Grundsätze" auseinandersetzte (Lit. 1).

Nach überwiegend negativen Stellungnahmen aus den Hochschulen und der Ablehnung insbesondere der grundsätzlichen Forderung nach Tätigkeits- und Gesellschaftsbezug des Studiums an einer wissenschaftlichen Hochschule durch die Westdeutsche Rektorenkonferenz dauerte es schließlich bis zum Juni 1983, bis überarbeitete "Grundsätze für Studium und Prüfungen" verabschiedet werden konnten (Lit. 7). Diese Grundsätze enthalten acht grundlegende Meinungsverschiedenheiten, "Dissense" genannt. Sie betreffen die Frage nach der Besetzung der Studienreformkommissionen (S. 8), nach den Rückwirkungen beruflicher Anforderungen auf das Studium (S. 16), nach dem Studienziel des Gesellschaftsbezuges (S.18), nach den fächerübergreifenden Studienanteilen (S.19), nach der Befähigung zu gesellschaftsverantwortlichen Handeln als Studienziel (S. 20/21), nach den Zielen von Prüfungen (S.32), nach den Zugangsvoraussetzungen (S.35) und nach der

Differenzierung des Studienangebots (S.37).

Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Grundsätze für Studium und Prüfungen wurde auch die gewerkschaftliche Diskussion um Studienreformpositionen und um die Haltung zum Studienreforminstrumentarium intensiviert (siehe die verschiedenen Artikel von G. Köhler und J. Wildt, Lit.8-12, 16). Die Diskussionen um die Grundsätze von Studium und Prüfungen hat auch dazu herausgefordert, das gewerkschaftliche Vorgehen in der Studienreform zu überdenken (siehe z. B. Lit. 15). Insbesondere ist ein Artikel von J. Wildt enthalten, in dem er die Intensivierung einer hochschulnahen Studienreform 'von unten' empfiehlt.

#### Literatur:

1. Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik. "Die Studienreform bleibt eine Herausforderung." (1981) Staat und Studium. Hg. Friedemann SCHMITHALS. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981. 67-98.
2. GEW (Hauptvorstand). "Ein tragfähiger, noch tragbarer Kompromiß." Gewerkschaften zu den Grundsätzen für Studium und Prüfungen. (GEW-Flugschrift Argumente) Frankfurt: Mimeo 1978.
3. Dies.: Der Streit um die "Grundsätze für die Studienreform." (MathoFo 33) Frankfurt, Mimeo 1980.
4. Dies.: Nur anstößig oder ein Anstoß? (MathoFo 25) Frankfurt: Mimeo 1981.
5. Dies.: Rückfall in die Restauration? (MathoFo 27) Frankfurt: Mimeo 1981.
6. Grundsätze für Studium und Prüfungen. Entwurf. Hg. Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen (Veröffentlichungen zur Studienreform 2) Bonn: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, o.J. (1979).
7. Grundsätze für Studium und Prüfungen. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 13) Bonn: Dass., o.J. (1983).
8. KÖHLER, Gerd. "Wo Mitarbeiter und Studenten nur stören. Das Kultusminister-Programm zur Studienreform." Frankfurter Rundschau (12.2.1978).
9. Dies.: "Mit Spickzetteln und politischem Gerangel. Wer sitzt in den Studienreformkommissionen?" Frankfurter Rundschau (20.4.1978).

10. Dies.: "Auch den Arbeitgeberverbänden ist zuviel von Gesellschaftskritik die Rede." Frankfurter Rundschau (3.7.1979).
11. Dies.: "Wer will, findet die 'anstößigen' Stichworte." Frankfurter Rundschau (27.11.1979)
12. Dies.: "Wer studiert, begibt sich in die Zucht. Ein Papier der Rektorenkonferenz zur Studienreform." Frankfurter Rundschau (24.1.1980).
13. KRÜGER, Rainer und MÖLLER VON, Achatz. Grundsätze für die Studienreform. Mimeo. o.O. 24.4.1979.
14. KMK (Hochschulausschuß). "Grundsätze für Studienordnungen. Entwurf." MathoFo 14 (1978).
15. Lehrveranstaltungskritik. (MathoFo 32) Frankfurt: Mimeo 1981.
16. WILDT, Johannes. "Die Fronten in der staatlichen Studienreform klären sich." Demokratische Erziehung 5 (1979): 537-549.

## 2.6 Studienreform in einigen Studienbereichen

Auch unter Studienreformgesichtspunkten stellt das Lexikon im Band 10 der Enzyklopädie Erziehungswissenschaft eine umfassende Informationsquelle über die Studienangebote in den verschiedenen Studienbereichen, die Veränderungen im Studium und Studienkonzepte und die weiteren Entwicklungsperspektiven der Studienbereiche dar. Dort finden sich unter den jeweiligen Stichworten eine Reihe von weiterführenden Literaturhinweisen (s.o.). Im übrigen wurden besonders in den Teilen 2.2 und 2.3 dieser Bibliographie einige Hinweise auf Studienreform in einzelnen Studienbereichen mit übergreifendem Charakter gegeben. Dieser Teil soll sich darauf beschränken, besonders auf die gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen zu einzelnen Studienbereichen in der Literatur hinzuweisen.

Diese wurden vielfach parallel zu den überregionalen Studienreformkommissionen entwickelt. Mit Beginn der Studienreformkommissionen wurde ein innergewerkschaftliches Instrumentarium von Fachkommissionen aufgebaut. Einzelne DGB-Gewerkschaften übernahmen dabei die Betreuung der verschiedenen Ausbildungsbereiche. Im Juni 1980 wurde von der GEW die Fachtagung zur Studienreform mit dem Titel "Wissen ist Macht - Macht für wen?" in Essen veranstaltet. Dort wurden zu quasi allen Studienbereichen gewerkschaftliche Studienreformforderungen diskutiert. Es gab die Arbeitsgruppen Technikwissenschaften, Architektur/Bauingenieurwesen/Raumplanung, Lehrerausbildung, Naturwissenschaften, Diplom-Pädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit, Geschichte/Geographie/Politologie/Soziologie, Psychologie, Sprach- und Literaturwissenschaften, Juristenausbildung, Arbeitswissenschaft, Gartenbau/Landwirtschaft und Forsten, Sportwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft. Die Ergebnisse wurden zusammengefaßt veröffentlicht in DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik 11 (1980): 342-359.

Ohne weitere Kommentierung seien für die einzelnen Bereiche folgende Materialien und Dokumente aufgeführt:

Technikwissenschaften

Deutscher Gewerkschaftsbund. Ausbildung in den Technikwissenschaften. Informationen und Argumente. Düsseldorf: Mimeo o.J. (1979).

FEHRMANN, Eberhard. "Ingenieurausbildung in der Sackgasse?" DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik. (1978): 70-74.

Gewerkschaftliche Fachkommission "Technikwissenschaften". Grundstruktur eines "Modellstudienganges für die Studiengänge Maschinenbau/Elektrotechnik." Frankfurt: Mimeo, Dez. 1983.

MORSCH, Rainer und Wolfgang NEEF. "Ingenieurbedarf und Qualität der Ingenieurausbildung". DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik 3 (1982): 75-83.

Themen, Tatsachen, Trends. Die berufliche Situation der technisch-naturwissenschaftlichen Fachkräfte. Hg. DGB Düsseldorf: DGB, 1977.

"Zum Studium der Technikwissenschaften - Praxisbezug in der Ingenieurausbildung." Stellungnahme des Bundes-Berufsgruppenfachausschusses für Techniker und Ingenieure im DGB vom Oktober 1976". DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4 (1977): o.J.91-93.

Architektur, Bauingenieurwesen, Raumplanung

Arbeitnehmerinteressen in der Ausbildung von Architekten und Bauingenieuren: Arbeitshilfen für gewerkschaftliche Arbeit in der Studienreform. Hg. IG Bau-Steine-Erden. Frankfurt: BSE, o. J. (1978).

Hochschulausbildung für das Berufsfeld "Planen und Bauen". Gewerkschaftliche Vorschläge zur Reform der Studiengänge Architektur, Bauingenieurwesen und Raumplanung. Hg. IG-Bau Steine-Erden. Frankfurt BSE, o.J. (1978).

Naturwissenschaften

Berufspraktische Anteile in der mittleren Studienphase Chemie. Hg. Verein zur Förderung der Studienreform. Bonn: VFS, 1977.

Biologie und Gesellschaft. Gewerkschaftliche Vorschläge zur Reform des Biologie-Studiums. Hg. IG Chemie-Papier-Keramik. Hannover, IG CPK, Januar 1981.

Chemie für den Menschen. Auswertung und Dokumentation zum gemeinsamen Studienreformkongreß am 30./31.5.1981 in Münster. Hg. IG Chemie-Papier-Keramik. Hannover: IG CPK, 1982.

Gewerkschaftliche Studienreform-Vorschläge für die Studieneingangsphase Chemie. Hg. IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover: IG CPK, Juli 1979.

Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Gesundheitswesen

Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen im Bereich des Sozialwesens. Fachtagung der Gewerkschaft ÖTV. Hg. ÖTV, DGB-Kreis Esslingen und Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf: Böckler-Stiftung, 1982.

marburger bund: mb-Forderungen zur Reform des Medizinstudiums.  
(Informationen für Medizinstudenten für Studium und Berufsantritt)  
Köln: Mimeo o.J. (1983).

ÖTV, Abteilung Bund gewerkschaftlicher Ärzte. Gewerkschaft ÖTV fordert Verbesserung der ärztlichen Ausbildung. Sonderinformation für Ärzte und Absolventen des Medizinstudiums (Flugschrift). Stuttgart: Mimeo 1977.

ÖTV. "Vorstellungen der Gewerkschaft ÖTV zur Ausbildung der sozialpädagogischen Fachkräfte." (Dez. 1981) Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften im Bereich des Sozialwesens. Hg. ÖTV, u.a. Düsseldorf: Böckler-Stiftung, 1982. 314-325.

SCHAGEN, Udo. "Gesellschaftliche Zielsetzung ärztlicher Ausbildung." Das Argument 18 (1978): 211ff.

SEVECKE, Bernd. "Sozialarbeiter aus der Isolation." Professionalisierung und Arbeitsmarkt (Band 3), Hg. Projektgruppe Soziale Berufe (Hg.): München 1981. 212-213.

Vorschläge zur Durchführung von Orientierungseinheiten im Medizinstudium. Hg. Verein zur Förderung der Studienreform. Bonn: Mimeo 1977.

## Psychologie

ÖTV. Zur Diskussion: Grundsätze der Gewerkschaft ÖTV zur Reform des Psychologie-Studiums. Informationen für Psychologen und Absolventen über das Psychologiestudium. Stuttgart: Mimeo April 1983.

## Wirtschaftswissenschaften

FEHRMANN, Eberhard und KUHLMANN, Reinhard. "Hochschulausbildung als Berufsbildung - Zur Perspektive einer arbeitnehmerorientierten Hochschulreform." Berufspraxis und Hochschulausbildung von Ökonomen. Hg. Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (fhw-forschung 4) Berlin: 1980. 41-76.

Gewerkschaftliche Fachkommission Wirtschaftswissenschaften. "Gewerkschaftliche Alternative für die Wirtschaftswissenschaften." Das Kurzstudium ist keine Alternative. Hg. GEW (Im Brennpunkt). Frankfurt: Mimeo April 1980. 19-22.

Gewerkschaftliche Fachkommission Wirtschaftswissenschaften. "Zur Differenzierung des Studienangebots in den Wirtschaftswissenschaften." Das Mitbestimmungsgespräch. 9 (1979): 245 ff.

## Sprach- und Literaturwissenschaften

GEW: Gefährdet. GEW-Stellungnahmen zu den Empfehlungen der Studienreformkommission Sprach- und Literaturwissenschaften. (MatHoFo 37) Frankfurt: Mimeo 1983.

KRUGMANN, Malte C. "Wer Umsicht und Fleiß hat, findet immer einen Arbeitsplatz." MatHoFo 37 (1983).

## Lehrerbildung

ALBRECHT, Stephan. "Verschwiegene Neuordnung. Acht-Semester-Studium in Hamburg." Erziehung & Wissenschaft 9 (1982): 18/19.

Alternativen in der Lehrerbildung. Kooperation und Selbstorganisation. Ein Arbeitsbuch der GEW. Hg. Manfred BAYER, u.a. Reinbek: Rowohlt, 1982.

FRISTER, Erich: "Reform der Lehrerbildung." Reform der Lehrerbildung, Zwischenbilanz 1980. Hg. GEW. (Im Brennpunkt) Frankfurt: Mimeo Juni 1980.2-8.

GEW: "Leitsätze zur Studienreform im Bereich der Lehrerbildung. 40 Thesen." Erziehung & Wissenschaft 4 (1982): 24-26.

GEW: Reform der Lehrerbildung. Zwischenbilanz 1980. (Im Brennpunkt) Frankfurt: Mimeo Juni 1980.

STEINBRINK, Ulrich und Detlef SPINDLER. "Einphasige Lehrerbildung. Eine Bestandsaufnahme zu einem Modell staatlicher Reformpolitik in Niedersachsen." Reform der Lehrerbildung. Zwischenbilanz 1980. Hg. GEW. (Im Brennpunkt) Frankfurt: Mimeo Juni 1980. 18-31.

## Juristenausbildung

ENCK, Paul, u.a.. "Einstufige Juristenausbildung in Hannover." Projektstudium und Praxisbezug. Hg. Wolfgang FICHTEN, u.a.. Frankfurt, New York: Campus, 1978. 116-156.

BRANAHL, Udo und Lothar ZEHLIN. "Integration von Theorie und Praxis in der Juristenausbildung - Entstehung, Konzeption und Realisierungsschwierigkeiten des 'Hamburger Modells'." Projektstudium und Praxisbezug. Hg. Wolfgang FICHTEN, u.a. Frankfurt, New York: Campus, 1978. 157-196.

VOEGELI, Wolfgang: Einphasige Juristenausbildung. Zur Pathologie der Reform. Frankfurt, New York: Campus, 1979.

## 2.7 Studienreform und Novellierung des Hochschulrahmengesetzes

Die Studienreformdiskussion heute wird auch geprägt durch die neuesten hochschulpolitischen Tendenzen. "Differenzierung", Förderung von Wettbewerb zwischen den Hochschulen bei der Studiengestaltung, Eröffnung von Eliteausbildung (Einführung von "Steilkursen"), letztlich Beseitigung der Demokratisierungs- und Mitbestimmungselemente aus der Organisation Hochschule und einiges andere mehr sind die Vorstellungen über die Perspektiven der Hochschulen, die auch von der CDU-FDP-Bundesregierung vorgegeben und formuliert werden (Lit. 6). Um Änderungsvorschläge für das Hochschulrahmengesetz unterbreiten zu lassen, hatte die Bundesbildungsministerin Wilms eine "Expertenkommission" eingerichtet, die Anfang 1984 ihren Bericht erstattete (Lit. 1). U. a. wird vorgeschlagen, das Instrumentarium für die Studienreform ersatzlos zu streichen und die Studienreform wieder ausschließlich in die Hände der Hochschulen zu legen (30-33). Die Hochschulen sollen gesetzlich aufgefordert werden, in ihren Studienordnungen Möglichkeiten für "besonders befähigte Studenten" vorzusehen (29) und schließen auch die Einführung von Studiengebühren nicht aus (30).

Aus den Gewerkschaften kamen uneingeschränkte Ablehnung dieses Zurückdrehens von Hochschul- und Studienreform der siebziger Jahre: "Zurück zu den Talaren", zurück zur uneingeschränkten Ordinarienuniversität mit Studienmöglichkeiten für nur wenige (Lit. 4) oder die "Restauration der 50er Jahre als 'zukunftsfähige Vergangenheit'" (Lit. 5) werden gesehen, wogegen man das demokratische Potential in den Hochschulen und die gestalterische Kraft der Gewerkschaften selbst mobilisieren will.

Es ist zu erwarten, daß die Bundesregierung noch 1984 einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes im Sinne der Vorschläge der Expertenkommission vorlegen wird. Auch werden die weiteren Diskussionen um Kurzstudium und Studienkurse für "Hochbegabte" unter dem Motto "Differenzierung des Studiensystems" mit Spannung zu verfolgen sein.

Literatur:

1. Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft 1) Bonn: BMBW, 1984.
2. Der Konsens trägt. GEW Stellungnahmen. Hg. GEW (MathoFo 44). Frankfurt: Mimeo, 1984.
3. KÖHLER, Gerd. "Von 'Steilkursen' und anderen Zauberformeln." Frankfurter Rundschau (16.2.1984).
4. KÖHLER, Gerd: "Zurück zu den Talaren?" Erziehung & Wissenschaft 3 (1984): 32-36.
5. KRUGMANN, Malte C.: "Die Empfehlungen zum Hochschulrahmengesetz: Hochschulpolitik von vorgestern." DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik 5 (1984): 117-120.
6. WILMS, Dorothee. "Thesen zu einer Hochschulpolitik für die 90 er Jahre." Informationen - Bildung, Wissenschaft 11 (1983): 193-194.

### 3. Studienreform in Studienreformkommissionen und Hochschulrahmengesetz

#### 3.1 Zum Beginn der überregionalen Studienreformkommissionen

Hochschulübergreifende Studienreformüberlegungen und -konzepte gab es immer in der Geschichte der Bundesrepublik (einen kurzen Überblick zur Entwicklung der überregionalen Bemühungen um die Studienreform gibt Lit. 30). Die Kritik der Studenten- und Assistentenbewegung an den Universitäten und die Bewältigung zunehmender Studentenzahlen bei unveränderten Studienstrukturen ließen in den sechziger Jahren die Notwendigkeit von Studienreform deutlich zu Tage treten. Mit der Kompetenz für den Bund für ein Hochschulrahmengesetz 1969 wurde dem Staat eine Mitverantwortung für das Studium eingeräumt. Der Staat übernahm damit auch die Rolle des gesellschaftlichen Interessenvertreters gegenüber den Hochschulen.

In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1970 wurde erstmals ein kooperatives Verfahren zwischen Staat und Hochschulen zur Bestimmung von Ausbildungszielen unter geänderten strukturellen Bedingungen vorgeschlagen (Lit. 2, 57-60). Darin war auch die Hinzuziehung von Experten aus der Berufspraxis vorgesehen. Praktische Vorarbeiten für die Gestaltung und Durchführung von Studienreformkommissionen wurden in Nordrhein-Westfalen im "Beirat für die Studienreform" des damaligen Wissenschaftsministers des Landes durchgeführt, der 1972 u. a. Empfehlungen zu Ablauf, Einrichtung und Arbeitsweise der Studienreformkommissionen abgab (Lit. 38, Kapitel 3).

Im Hochschulrahmengesetz von 1976 sind die Ziele der Studienreform (§ 8 HRG) und das Verfahren zur Förderung und Abstimmung der Studienreform in den einzelnen Hochschulen, die Studienreformkommissionen (§ 9) geregelt. An den Studienreformkommissionen sind jeweils Vertreter aus dem Hochschulbereich, aus staatlichen Stellen und Vertreter aus der Berufspraxis zu beteiligen (§ 9.3). Diese Regelungen sind in sämtliche Hochschulgesetze der Länder nach 1976 übernommen worden. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat eine Dokumentation entsprechender Passagen in Hochschulgesetzen der Länder sowie verschiedene Materialien zur überregionalen Studienreformdiskussion nach dem Hochschulrahmengesetz herausgegeben (Lit. 25). In dieser Materialsammlung befindet sich auch die Vereinbarung der Ministerpräsidenten

der Länder über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen (Lit. 34), die den Beginn des überregionalen Studienreforminstrumentariums markieren (über Aufbau, Struktur und Ziele des Instrumentariums siehe Lit. 9 ).

Der Beginn des überregionalen Studienreforminstrumentariums mit der Einrichtung der Ständigen Kommission für die Studienreform im Juni 1978 und der folgenden ersten Studienreformkommissionen Zahnmedizin, Chemie und Wirtschaftswissenschaften wurde insbesondere von den Gewerkschaften als Beteiligte mit einer öffentlichen Positionsbestimmung (Lit. 8, 31,33) begleitet.<sup>1)</sup> Schon vor Beginn des Instrumentariums und im Laufe der ersten Jahre war immer wieder Kritik an dieser Form staatlicher Studienreform von Studienreformern selbst geübt worden: siehe die Beiträge in Lit. 7, die schon 1977 am Beispiel Nordrhein-Westfalen vor der Gefahr einer staatlichen Formierung der Studienreform mit Hilfe des Instrumentariums Studienreformkommissionen gewarnt hatten.

Zu einer kritischen Zwischenbilanz kommen nach zwei Jahren Studienreformkommissionen Hochschuldidaktiker, deren Beiträge in einem Band zusammengefaßt sind (Lit. 29). Herausgehoben seien die Beiträge von H. Plander (Lit. 27), der auf die (negativen) Folgen staatlicher Mitwirkung an der Studienreform eingeht, und von R. Krüger (Lit. 21), der am Beispiel der Diskussion um die Grundsätze von Studium und Prüfungen in der Ständigen Kommission für die Studienreform (siehe unten) die studienreformbehindernden Strukturen und Kräfte analysiert. Im gleichen Band beschreibt J. Wildt die Beteiligungsmöglichkeiten der Gewerkschaften an der Studienreform (Lit. 37).

Weitere Beispiele für kritische Einschätzungen der Studienreform durch Studienreformkommissionen sind die Ausführungen von E. Hültenschmidt vom Bund demokratischer Wissenschaftler (Lit. 6) oder der Beitrag des Vertreters des akademischen Mittelbaus in der Ständigen Kommission für die Studienreform (Lit. 1). Auch als Kritik an den überregionalen Studienreformkommissionen ist die Studienreformkonzeption des Verbands deutscher Studentenschaften (VDS) zu verstehen (Lit. 24).

---

1) Auch staatliche Stimmen meldeten sich zur Arbeit des Instrumentariums zu Wort. Von seiten der (damaligen) Befürworter sei W. Hempel (Lit. 5), von seiten der Gegner des Instrumentariums H. R. Laurien (Lit. 22) genannt.

Die Gewerkschaften haben, ausgehend von den DGB-Leitsätzen zur Studienreform von 1978, von Beginn an aktiv an den Studienreformkommissionen mitgewirkt und zur Unterstützung ihrer Vertreter gewerkschaftliche Fachkommissionen gebildet. (Siehe Gewerkschaftliche Bildungspolitik Heft 8, 1979 mit dem Schwerpunkt Studienreform). Besondere Schulung sollte dazu beitragen, die Position der Gewerkschaftsvertreter in Studienreformkommissionen zu stärken (Lit. 35). Eine erste große Zwischenbilanz über diese Arbeit und die weitere Vorgehensweise fand auf dem von der GEW veranstalteten Studienreformkongreß "Wissen ist Macht - Macht für wen?" im Juni 1980 statt. Dort wurden die Chancen hervorgehoben, gewerkschaftliche Vorstellungen in den Ergebnissen der Studienreformkommissionen zu verankern (Lit. 28).

Auch die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BdA) hat sich mehrfach mit der Studienreformdiskussion und den Studienreformkommissionen auseinandergesetzt (Lit. 3, 32). Dabei kommt eine insgesamt positive Haltung zur Notwendigkeit von Studienreform und zur Beteiligung der Arbeitgeber an den Studienreformkommissionen zum Ausdruck.

### 3.2 Zur Diskussion und zu den Ergebnissen der Ständigen Kommission und der Studienreformkommissionen

Der Beginn des überregionalen Studienreforminstrumentariums war geprägt von den Diskussionen über "Grundsätze für Studium und Prüfungen", die als Grundlage und Vorgabe für die Studienreformkommissionen von der Ständigen Kommission beschlossen werden sollten. Diese konfliktäre Diskussion gab Aufschluß über die tatsächliche Innovationskraft des Instrumentariums und über Konstellationen um die Bereitschaft grundsätzlicher Veränderungen des Studiums. Als Kompromißergebnis fand der Entwurf für die "Grundsätze" (Lit. 10) eine Mehrheit, der von der Gewerkschaftsseite als "tragfähiger, noch tragbarer Kompromiß" (siehe auch Lit. 4) bezeichnet wurde, von den Hochschulen bzw. ihren Repräsentanten, mehrheitlich abgelehnt wurde. Insbesondere an der grundsätzlichen Fortschreibung des Gesellschafts- und Tätigkeitsfeldbezuges des Studiums als Studienreformziele des Hochschulrahmengesetzes entzündete sich die Kontroverse. Die Arbeitgeber brachten ihre kritische Einstellung auf die Position, daß es sich bei den "Grundsätzen" um den Versuch der Gesellschaftsveränderung durch Studienreform handle (Lit. 23). Eine weitere konservative Kritik am Entwurf der Grundsätze findet sich bei G. Roellecke (Lit. 26). J. Wildt sieht hingegen im Streit um die Grundsätze eine positive Klärung der Positionen in der Studienreform.

Erst nach etwa fünfjähriger Diskussion wurden 1983 "Grundsätze für Studium und Prüfungen" als Empfehlung verabschiedet (Lit. 20). Aus der kontroversen Diskussion blieben acht grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten offen. Sie betreffen u. a. die Frage nach den Rückwirkungen beruflicher Anforderungen auf das Studium, nach der Interdisziplinarität und nach dem Gesellschaftsbezug des Studiums und nach der Differenzierung des Studienangebots.

Als weiteres Arbeitsergebnis der Ständigen Kommission wurde ein Papier über "Dauer des Studiums und Studierbarkeit des Lehrangebots" verabschiedet (Lit. 19). Dieses Papier hat die zeitliche Strukturierung des Studiums unter Berücksichtigung der Regelstudienzeiten und den Zeithaushalt der Studenten zum Gegenstand.

Von den mittlerweile 15 Studienreformkommissionen haben 10 Empfehlungsentwürfe vorgelegt, die von der Ständigen Kommission verabschiedet wurden. Die Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen, die das Instrumentarium organisatorisch betreut, hat die Empfehlungsentwürfe der Studienreformkommissionen Zahnmedizin (Lit. 10, 16), Chemie (Lit. 12), Wirtschaftswissenschaften (Lit. 17), Architektur/Bauingenieurwesen/Raumplanung (Bericht zur 1. Stufe der Studienreformerarbeit, Lit. 13), Sprach- und Literaturwissenschaften (Lit. 15), Biologie (Lit. ), Psychologie (Lit. ), Geschichte (Lit. und Geographie (Lit. ) veröffentlicht. Als weitere Kommissionen gibt es Pädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit, Politische Wissenschaften/Soziologie, Elektrotechnik und Maschinenbau/Verfahrenstechnik; geplant sind die Studienreformkommissionen Physik und Mathematik.

Über die Arbeiten der Ständigen Kommissionen sowie der Studienreformkommissionen geben die "Jahresberichte" der Ständigen Kommission Auskunft (Lit. 9, 11, 14, 18). Die Literatur über die gewerkschaftlichen Vorbereitungen und Positionen zur Studienreform in einzelnen Studienbereichen wurde schon weiter oben abgehandelt. Eine aktuelle und zusammenfassende Bilanz der gewerkschaftlichen Beteiligung am überregionalen Studienreforminstrumentarium existiert zur Zeit (noch) nicht.

Literatur:

1. BISCHOFF, Manfred. "Steuerungsinstrument Studienreform".  
Betrifft: Erziehung 5, (Mai 1979): 56-59.
2. Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. Wissenschaftsrat. (Empfehlungen, Band 1. Vorgelegt im Oktober 1970.) Köln: Wissenschaftsrat, o.J. (1970).
3. FRANZ, Friedhelm-Heinrich, VON LANDSBERG, Georg. Studienreform - eine Tonnenreform. Köln: Deutscher Institutsverlag, 1981.
4. "Grundsätze für Studium und Prüfungen." DGB. Gewerkschaftliche Bildungspolitik 5 (1981). 145-151.
5. HEMPEL, Wieland. "Was ist Studienreform und warum ist sie unbequem?: Eine Warnung vor falschen Fronten an den Hochschulen." Bildung und Politik 1 (1979): 21-23.
6. HÜLTENSCHMIDT, Erika. "Noch eine Reformleiche? Zur Studienreform und den Handlungsmöglichkeiten des BdWi." BdWi Forum 46 (1981): 18-21.
7. Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Hg. Ulla BRACHT, Bernd HÜLSMANN, Dieter KEINER. Köln: Pahl-Rugenstein, 1977.
8. JOSTARNDT, Karl. "Gewerkschaften und Hochschulreform." DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik 8 (1979): 181-187.
9. Erster Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform. Juni 1978 bis Juni 1979. Hg. Geschäftsstelle für die Studienreformkommission (Veröffentlichungen zur Studienreform 1) Bonn: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, o.J.(1979).
10. Grundsätze für Studium und Prüfungen. Entwurf. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform) Bonn: Dass., o.J. (1979).
- 10a. Empfehlungen der Studienreformkommission Zahnmedizin. Entwurf. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 3). Bonn: Dass., o.J. (1980).
11. Zweiter Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform. Juli 1979 - Juni 1980. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 4) Bonn: Dass., o.J. (1980).
12. Empfehlungen der Studienreformkommission Chemie. Entwurf. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 5) Bonn: Dass., o.J. (1981).
13. Bericht der Studienreformkommission Architektur/Bauplanung/Bauingenieurwesen zur ersten Stufe der Studienreformerarbeit. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 6) Bonn: Dass., o.J. (1981).

14. Dritter Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform. Juli 1980 - Juni 1981. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 7) Bonn: Dass., o. J. (1981).
15. Empfehlungen der Studienreformkommission Sprach- und Literaturwissenschaften. Entwurf Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 8) Bonn: Dass., o. J. (1982).
16. Empfehlungen der Studienreformkommission Zahnmedizin. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 9) Bonn: Dass., o. J. (1982).
17. Empfehlungen der Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften. Entwurf. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 10) Bonn: Dass., o. J. (1982).
18. Vierter Jahresbericht der Ständigen Kommission für die Studienreform. Juli 1981 - Juni 1982. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 11) Bonn: Dass., o. J. (1982).
19. Dauer des Studiums und Studierbarkeit des Lehrangebots. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 12) Bonn: Dass., o. J. (1983).
20. Grundsätze für Studium und Prüfungen. Hg. dies. (Veröffentlichungen zur Studienreform 13) Bonn: Dass., o. J. (1983).
21. KRÜGER, Rainer. "Kann die überregionale Studienreform 'Hochschulausbildung reformieren?'" Staat und Studium. Hg. Friedemann SCHMITHALS. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981. 39-65.
22. LAURIEN, Hanna-Renate. "Studienreform - droht ein jahrelanger Grabenkrieg?" Hochschulpolitische Informationen 12 (1979): 7.  
  
LINKE, Hermann. "Wie stimulierend Dissense? Über den verabschiedeten Entwurf 'Grundsätze für Studium und Beruf'". Deutsche Universitätszeitung 14 (1982). 14-16.
24. MARTINI, Klaus und Lorenz SCHULTES. "Studienreform von unten: Die Fachtagungen und Projektbereiche der VDS." Demokratische Erziehung 5 (1979): 549-556.
25. Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Schriftenreihe Hochschule 30) Bonn: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1979.
26. ROELLECKE, Gerd. "Grundsätze für Studium und Prüfungen. Materialien." Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung 1 (1983). 63-85.
27. PLANDER, Harro. "Geplanter Bankrott?" Funktionalität und Dysfunktionalität staatlich geleiteter Studienreform." Staat und Studium, Hg. Friedemann SCHMITHALS. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981. 7-38.

28. SCHMIDT, Dieter. "Strategien der Durchsetzung gewerkschaftlicher Studienreformziele." Gewerkschaftliche Bildungspolitik 11 (1980): 330-335.
29. Staat und Studium. Die Studienreformkommissionen - Zwischenbilanz 1980/81. Hg. Friedemann SCHMITHALS. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981.
30. STEIGER, Barbara. "Zur Entwicklung der überregionalen Bemühungen um die Studienreform seit dem 2. Weltkrieg." Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Schriftenreihe Hochschule 30). Bonn: BMBW, 1979: 157-175.
31. Studienreform. Hg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. (Materialien aus Hochschule und Forschung 19) Frankfurt: Mimeo, 1978.
32. Studienreform in der Krise. Hochschulpolitisches Symposium. Hg. Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. (Wirtschaften, Verantworten, Gestalten 3). Herford und Bonn: Maximilian, 1980.
33. Thema: Studienreform. Hg. Deutscher Gewerkschaftsbund. (Gewerkschaftliche Bildungspolitik 8) Düsseldorf: Deutscher Gewerkschaftsbund, 1979.
34. Vereinbarung über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder nach § 9 HRG v. 16.2.1978 Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn: BMBW, 1979. 436-442.
35. WILDT, Johannes. "Arbeitnehmerinteressen in der Hochschulausbildung verankern: Bericht über ein Projekt zur Schulung von Gewerkschaftsvertretern in Studienreformkommissionen." Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4 (1983): 92-95.
36. WILDT, Johannes. "Die Fronten in der staatlichen Studienreform klären sich". Demokratische Erziehung 5 (1979): 537-544.
37. WILDT, Johannes. "Gewerkschaften und Studienreform." Staat und Studium. Hg. Friedemann SCHMITHALS. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981. 135-150.
38. Zwischenbericht zur Studienreform. Hg. Nordrhein-Westfalen/Minister für Wissenschaft und Forschung. (Schriftenreihe des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 3). Düsseldorf: Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, o. J. (1972).

#### 4. Studienreformmaßnahmen in den Ländern

Es gibt kaum Übersichten oder Zusammenschauen von Studienreformmaßnahmen in den Ländern. Eine erste (allgemeinbildungspolitische) Übersicht geben die Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (Lit. 3) und der Länderbericht von W. Haacke (Lit. 1). In Bezug auf die Studienreformkommissionen enthält die Zusammenstellung von F. Schmithals (Lit. 4) einen (allerdings mittlerweile veralteten) Überblick. Eine Studie, die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1984 herausgegeben wurde (Lit. 2), enthält die Studienreformmaßnahmen (inklusive der Studienreformkommissionen auf Landesebene) in den Ländern in den letzten 10-15 Jahren.

#### Literatur:

1. HAAKE, Wolfhart. "Länderbericht". Die Neue Hochschule 1 (1984): 4-11.
2. KLUGE, Norbert und Aylā Neusel. Studienreformmaßnahmen in den Ländern. Dokumentation und Vergleich. (Studien zu Bildung und Wissenschaft). Bonn: BMBW, 1984.
3. Kulturpolitik in den Ländern 1979 bis 1981. Hg. Ständige Konferenz der Kultusminister. Bonn: Sekretariat der Kultusminister der Länder, 1982.
4. SCHMITHALS, Friedemann. "Entwicklung des staatlichen Studienreforminstrumentariums. Ein Überblick." Staat und Studium. Hg. Friedemann Schmithals. (Blickpunkt Hochschuldidaktik 66) Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1981. 99-131.

#### 4.1 Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg befinden sich, auch regional breit gestreut, vergleichsweise viele Hochschulen, die auch sehr verschiedene Ausbildungs- und Fachrichtungsschwerpunkte abdecken. Schon relativ früh engagierte sich das Land in der Hochschulgesamtplanung (Lit. 5, 6, 7): Planziel war die flächendeckende Errichtung von Gesamthochschulen, was auch als Instrument für die Studienreform gesehen wurde. Zwischen 1972 und 1978 wurden dazu eine Reihe von Modellversuchen durchgeführt (Lit. 1). Spätestens seit 1978 ist das Ziel Gesamthochschule auf unbestimmte Zeit vertagt (Lit. 3).

Auch das Modell von Studienreformkommissionen kam in Baden-Württemberg schon vergleichsweise früh zum Zuge. Im Hochschulgesetz Baden-Württemberg vom 27.7.1973 verankert (§ 7), wurden im Sommer 1975 bereits die drei Studienreformkommissionen Chemie, Wirtschaftswissenschaften und Psychologie eingerichtet. Betroffen waren nur universitäre Studiengänge. Die Zusammensetzung der Kommissionen folgte dem Prinzip, aus allen betroffenen Hochschulen bzw. Fachbereichen mindestens einen Professor zu beteiligen; außerdem waren jeweils ein wissenschaftlicher Bediensteter und zwei Studenten sowie beratende Personen aus der Berufspraxis beteiligt. Die Beteiligung der Berufspraxis folgte nicht der Idee, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gleichermaßen mitwirken zu lassen. Staatliche Vertreter nahmen an den Kommissionen als Angehörige einer Geschäftsstelle für die Studienreformkommissionen beim damaligen Kultusminister teil. Bis 1978 verabschiedeten die drei Kommissionen Empfehlungen (Lit. 8, 9). Wenngleich der Wissenschaftsminister 1978 der Arbeit der Studienreformkommissionen Erfolg attestierte (Lit. 4), wurden außer den drei Kommissionen und nach 1978 keine weiteren eingerichtet.

Während 1978 die Studienreformkommissionen auf Bundesebene begannen, wurde dieses Studienreformkonzept auf Landesebene nicht weitergeführt. Auch die personellen Kapazitäten zur (staatlichen) Betreuung der Kommissionen wurden vermindert. Seither ist die Initiative der Hochschulen und ihr Studienreformauftrag wieder stärker in den Vordergrund gestellt worden. In den Hochschulen des Landes, die besonders im Technikbereich vielfach eng mit Wirtschaft und Industrie der jeweiligen Hochschulregion kooperieren, ist eine ganze Palette von neuen Studienangeboten (teils durch neue inhaltliche Schwerpunktsetzung in vorhandenen Studiengängen, teils durch die Schneidung neuer Studiengänge) entstanden. Die staatliche Seite unterstützt die Hochschulen schwerpunktmäßig bei einer Technologieorientierung neuer Studienangebote (Kombination von Ökonomie und Technik, Informatik, internationales Manage-

ment, technologische Bewältigung von Umweltproblemen). Studienreform wird in diesem Sinne als ständige Anpassung der Studieninhalte an gesellschaftliche Veränderungen und bestimmte gesellschaftliche Zukunftsvorstellungen begriffen (Lit. 2).

Literatur:

1. BADEN-WÜRTTEMBERG, Landesregierung. "Bericht über die Modellversuche im Hochschulbereich Baden-Württemberg." Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg (1978): Nr. 7/3820.
2. BADEN-WÜRTTEMBERG, Landesregierung. "Herausforderungen and die Universitäten und ihre Chancen in den achtziger Jahren; Studenten, Studium und Studienbedingungen." Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg (1981): Nr. 8/1767.
3. Das Scheitern der Hochschulreform. Fallstudie zur Gesamthochschulplanung in Baden-Württemberg 1968-1975. Hg. Klaus-Dieter HEYMANN, Wolfgang KARCHER. Weinheim, Basel: Beltz, 1976.
4. ENGLER, Helmut: "Studienreform in Baden-Württemberg." Studienreform in Baden-Württemberg. Empfehlungen der Studienreformkommissionen Wirtschaftswissenschaften und Chemie des Landes Baden-Württemberg. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Minister für Wissenschaft und Kunst. Nr. 38), Villingen-Schwenningen: Neckar, 1978. VII-XIV.
5. Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Kultusministerium, Reihe A, Nr. 5), Villingen: Neckar, 1967.
6. Hochschulgesamtplan II für Baden-Württemberg. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Kultusministerium, Reihe A, Nr. 27), Villingen: Neckar, 1972.
7. Rahmenplan für einen differenzierten Hochschulbereich. Hochschulgesamtplan I. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Kultusministerium, Reihe A, Nr. 19), Villingen: Neckar, 1970.
8. Studienreform in Baden-Württemberg. Empfehlungen der Studienreformkommissionen Wirtschaftswissenschaften und Chemie des Landes Baden-Württemberg. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Minister für Wissenschaft und Kunst, Nr. 38), Villingen-Schwenningen: Neckar, 1978.
9. Studienreform in der Psychologie. Empfehlungen der Studienreformkommission für den Diplom-Studiengang Psychologie. (Schriftenreihe Bildung in neuer Sicht. Hg. Baden-Württemberg, Minister für Wissenschaft und Kunst, Nr. 32), Villingen-Schwenningen: Neckar, 1976.

## 4.2 Bayern

In Bayern wurde bereits zu Beginn der siebziger Jahre eine Studienreform angestrebt, die sich den Problemen des Studiums bei hohen Studentenzahlen und des mangelnden (Berufs)Praxisbezugs annehmen sollte. Der bayerische Kultusminister unterstrich 1974 die Bedeutung von Studienreform bundesweit, besonders unter dem Gesichtspunkt der Einführung von Regelstudienzeiten, und sprach sich für ein gemeinsames Instrumentarium von Kommissionen zwischen Staat und Hochschulen aus (Lit. 3).

Studienreform bedeutet an bayerischen Hochschulen inhaltlich, vor allem berufspraxisrelevante Studienangebote zu entwickeln. Im universitären Bereich spielen dafür besonders die neuen Universitäten eine Rolle. Aus dem Fachhochschulbereich sind die obligatorischen Praxissemester bekannt, die auch Gegenstand wissenschaftlicher Auswertung waren (Lit. 5).

Schon relativ früh, im Sommer 1974, begann der Kultusminister mit der "Allgemeinen Studienreformkommission" Studienreformkommissionen einzurichten. Sie waren vor allem als schnelles und wirksames Instrument gedacht, den Hochschulen bei der Erarbeitung neuer Studien- und Prüfungsordnungen nach Maßgabe des Hochschulgesetzes zu helfen. In einem Kultusministererlaß vom Juli 1974 "Richtlinien für die Arbeit der Studienreformkommissionen" (Lit. 6) sind Arbeitsauftrag und Struktur der Arbeitsergebnisse formuliert. Dem konkreten Auftrag entsprechend, Muster für Studien- und Prüfungsordnungen dem Kultusminister vorzulegen, wurden getrennt Kommissionen für Universitäts- und Fachhochschulstudiengänge (Fachrichtungskommissionen) eingerichtet. Für den Universitätsbereich sind dies die 14 Kommissionen Wirtschaftswissenschaften, Chemie, Mathematik, Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie, Lebensmittelchemie, Physik, Pädagogik, Psychologie, Ingenieurwissenschaften und Forstwissenschaften gewesen. Außer der Allgemeinen Studienreformkommission und der Kommission Forstwissenschaften existiert seit 1981 keine Kommission mehr.

Über die Studienreformkommissionen in Bayern ist nur recht wenig bekannt. Ihre Beschreibung in den bayerischen Hochschulgesamtplänen, die als einzige veröffentlichte Darstellung anzusehen ist, zeigt jedoch, daß ihnen als Hochschulplanungsinstrument eine besondere Bedeutung zugemessen wurde (Lit. 1). Ergebnisse der Kommissionen, etwa die Empfehlungen, wurden offiziell nicht veröffentlicht (Lit. 2,4).

Neue Studiengänge oder nur Studienschwerpunkte an bayerischen Hochschulen, die im bayerischen Selbstverständnis kaum mit dem Terminus Studienreform zu fassen sind, lassen die Tendenz erkennen, zum einen die neuen Universitäten über ihre Region hinaus attraktiver zu machen und zum anderen Studienangebote zu schaffen, die Wünschen aus der Berufspraxis entsprechen.

Literatur:

1. Bayerischer Hochschulgesamtplan 1980. Hg. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. München: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1980.
2. Empfehlungen der Allgemeinen Studienreformkommission zur Gestaltung von Diplom-Prüfungsordnungen vom 23.10.1981. Hg. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. München: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1981.
3. MAIER, Hans, "Studienreform - Erwartungen und Möglichkeiten." Studienreform - Erwartungen und Möglichkeiten. Hg. Westdeutsche Rektorenkonferenz. (Dokumente zur Hochschulreform, XXV/1974). Bonn-Bad Godesberg: Westdeutsche Rektorenkonferenz, 1974.
4. Muster-Rahmenstudienordnung für Fachhochschulen. Hg. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. München: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Juni 1977.
5. Praktische Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern (Kurzfassung). (Schriftenreihe Hochschule. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bd. 36). Bonn: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981.
6. Richtlinien für die Arbeit der Studienreformkommissionen. Hg. Bayerisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht. München: Bayerisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht, 1974.

#### 4.3 Berlin

In Berlin sind mit den zwei Universitäten, der Hochschule für Künste und den drei staatlichen Fachhochschulen sehr viele Studiengänge und -möglichkeiten auf engem Raum konzentriert. Aus den Berliner Hochschulen heraus wie auch vom Wissenschaftssenator sind viele bekannte Studienreformaktivitäten initiiert und unterstützt worden.

Für die Studienreform wurden sowohl in den Hochschulen als auch hochschulübergreifend verschiedene Studienreformverfahren entwickelt und durchgeführt. Zwischen 1974 und 1981 existierten sog. Verbindungskommissionen, die integrierte Studiengänge mit Praxisbezug in den Bereichen Technik, Sozialarbeit/Sozialpädagogik und Wirtschaft/Verwaltung/Recht als Kernstücke Berliner Gesamthochschulen entwickeln sollten. (siehe die Darstellung in Lit.1)

Diese Bestrebungen wurden mit Modellversuchen der Bund-Länder-Kommission unterstützt, die konkrete Studienreformvorstellungen auch praktizieren sollten.

Einen Gesamthochschulplan gab es in Berlin seit 1970, nach sich immer mehr verschlechternden Chancen kann eine Neuordnung der Hochschulen mit Gesamthochschulen in Berlin als erledigt betrachtet werden. (Lit. 3) Der heutige Wissenschaftssenator betont wieder einen eigenständigen Bildungsauftrag der Fachhochschulen.

Studienreform in den einzelnen Studiengängen sollte während der nach wie vor nicht abgeschlossenen Anpassung bzw. Formulierung von Studien- und Prüfungsordnungen an das Berliner Hochschulgesetz stattfinden. Zur Unterstützung sah der Wissenschaftssenator auch Studienreformkommissionen in Berlin vor, in denen Berufspraxisvertreter stimmberechtigt mitwirken sollten (siehe die entsprechende Verordnung des Wissenschaftssenators vom 26. 5. 1981, Lit. 5) Tatsächlich eingerichtet wurde lediglich die Studienreformkommission für Psychologie. Der Wissenschaftssenator versuchte auf einem anderen Weg Studienreform in den Hochschulen zu unterstützen bzw. zu animieren: er veröffentlichte von sich aus Berichte zum Stand der Studienreform an Berliner Hochschulen. Betonte der Studienreformbericht des sozialdemokratischen Wissenschaftssenators Glotz 1980 den Schwerpunkt Stu-

dienreformziele und organisatorische Maßnahmen zu ihrer Umsetzung (Lit.1 ), so wird vom christdemokratischen Wissenschaftssenator Kewnig in seinem Bericht 1983 Studienreform (wieder) ganz ins Belieben der Hochschulen gelegt. (Lit.2 ) Der politische Wechsel in Berlin 1981 markierte auch einen Wandel im Studienreformvorgehen. Die Chancen der Studienreform werden heute in den Hochschulen selbst eher negativ eingeschätzt (siehe z. B. Lit.4), wenngleich in den Universitäten eigene Studienreformverfahren wie Ausbildungskommissionen und Ausbildungs- und Beratungsbeauftragte in den Fachbereichen existieren. Zur Verbesserung dieser Situation kam daher der Vorschlag aus der Universität, anstatt übergreifender Verfahren den Hochschulen selbst Mittel für Studienreformprojekte zur Verfügung zu stellen.

#### Literatur:

1. Bericht zum Stand der Studienreform. Hg. Senator für Wissenschaft und Forschung. (Hochschulpolitische Informationen 7) Berlin: Senator für Wissenschaft und Forschung 1980.
2. Bericht zur Entwicklung der Studienreform. Hg. Senator für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten. Berlin: Senator für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten, 1983.
3. HUHN, Diether. Feststellungen, Aufforderungen, Vorschläge. Abschlußbericht über die Fachhochschulstudiengänge in Berlin. Mimeo, 1982.
4. LÄMMERT, Eberhardt. "Die Studenten werden wieder passiv." Frankfurter Rundschau (7.10.1982).
5. Verordnung über Studienreformkommissionen vom 26.5.1981. Hg. Senator für Wissenschaft und Forschung. (Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin Nr. 9/67). Berlin: Mimeo, 1981.

#### 4.4 Bremen

Als die Bremer Universität 1970 gegründet wurde, gab es über das Land hinaus einen breiten Konsens über die grundlegende Veränderungsbedürftigkeit der Hochschulen und des Studiums. Für das Studium sollte dies beispielgebend für die gesamte Hochschullandschaft mit dem Konzept des Projektstudiums als durchgängigem Studienprinzip der Universität verwirklicht werden. (Bremer Modell<sup>a</sup> - Lit. 4,6 )

Parallel zum Aufbau der Universität wurde vom Wissenschaftssenator das Ziel einer Gesamthochschule in Bremen verfolgt. Ein Modellversuch Gesamthochschule Bremen wurde 1976 allerdings ergebnislos beendet. (Lit. 3)

Bremer Studienreformbemühungen richten sich allerdings auch weiterhin auf alle Bremer Hochschulen. Die Bremer Universität geriet im Laufe der Zeit mit ihren Reformkonzepten in eine immer isoliertere Position. Gemessen an den anspruchsvollen Reformzielen wurden die Bemühungen der Wissenschaftsbehörde um eine überregionale Anerkennung der Universität und ihrer Studiengänge (Lit. 1 ) aus der Universität heraus als ein Zurückfallen hinter die ursprünglichen Reformziele kritisiert. Insbesondere der Stand und die Weiterentwicklung der Bremer Universität war mehrfach Anlaß für den Wissenschaftssenator, zur Hochschul- und Universitätspolitik im Land Bremen Stellung zu nehmen.

Im Bremer Hochschulgesetz befinden sich im Vergleich zu anderen Hochschulgesetzen der Länder sehr weitgehende Beschreibungen von Studienreformzielen und Studienreformverfahren. Bremen gehört neben Niedersachsen zu den Ländern, in denen parallel zu den Studienreformkommissionen auf Bundesebene eigene Studienreformkommissionen eingerichtet wurden. Auch in Bremen wurde vom Wissenschaftssenator ein relativ großer Aufwand dafür mit einer zusätzlichen "Arbeitsgruppe Studienreformkommissionen" betrieben. (Lit. 5 )

Insgesamt arbeiteten oder arbeiten zwischen 1978 und heute die 7 Studienreformkommissionen für Architektur, Wirtschaftswissenschaften, Bauingenieurwesen, Sozialpädagogik/Sozialarbeit, Maschinenbau (Praxissemester), Psychologie und Deutsch. Sie sind aus sehr unterschiedlichen Anlässen entstanden und weisen auch unterschiedlich inhaltliche Strukturen auf: In den Fällen, in

denen Studiengänge der heutigen Hochschule Bremen betroffen sind, geht es um deren hochschulgemäße Studiengestaltung und deren Abstimmung bzw. Kooperation mit parallel existierenden Universitätsbedingungen. Eine Kommission beschäftigte sich mit den Möglichkeiten von Praxissemestern im Technikstudienbereich. Durch die Studienreformkommissionen, die hauptsächlich Universitätsstudiengänge betreffen, wurde seitens der Wissenschaftsbehörde versucht, durch die Einbeziehung auswärtiger "anerkannter" Wissenschaftler die Akzeptanz der Studiengänge außerhalb Bremens zu erhöhen. Ein wichtiges Thema der Kommissionen war immer die Klärung des jeweiligen Tätigkeitsfeldbezugs. Berufspraxisvertreter von örtlichen Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgebern sind mit beratender Stimme an den Kommissionen beteiligt.

Studienreformkommissionen, zwischenzeitlich 1981 als "wichtige Diskussionsform" für die Studienreformatarbeit bezeichnet (Lit.2 ), spielen heute keine besondere Rolle mehr im Bremer Studienreformgeschehen.

Studienreformkommissionen waren immer nur eine von vielen Studienreformaktivitäten in Bremen. Viele Studienreformimpulse sind von Bremen ausgegangen bzw. dort erprobt worden: das Projektstudium, die Öffnung der Universität auch für Studenten ohne reguläre Hochschulzugangsberechtigung, die organisierte (Forschungs- und Dienstleistungs) Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaften oder die zeitweise besonders weitgehenden Studienmöglichkeiten für Ausländer.

Eine heute bei vielen Reformen in Bremen anzutreffende Ermüdung und Ernüchterung über das Erreichte ist relativ zu sehen vor dem Hintergrund einer offensichtlichen Unmöglichkeit, ein derart weitgehendes Reformkonzept wie die Bremer Universität durchgesetzt zu haben und auch weiterhin in vollem Umfang fortzusetzen.

Literatur:

1. FRANKE, Horst-Werner. Bremer Modell: Wissenschaftlicher Standard und Reform. Die Universitätspolitik des Senators für Wissenschaft und Kunst. Bremen: Senator für Wissenschaft und Kunst, 1980.
2. Hochschulgesamtplan Bremen. Vorlauffassung. Hg. Senator für Wissenschaft und Kunst. (Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft 10/690). Bremen: Mimeo, 1981.
3. Modellversuch integrierte Studiengänge für die Gesamthochschule Bremen. Hg. Senator für Wissenschaft und Kunst. Bremen: Mimeo, 1976.
4. Planungskommission Lehrerbildung. "Zum Projektstudium an der Universität Bremen." betrifft: erziehung 9 (1971): 24-42
5. Vorlage Nr. 390 für die 34. Sitzung der Deputation für Wissenschaft und Kunst am 21.6.1978, betr. Einrichtung von Studienreformkommissionen im Lande Bremen. Hg. Senator für Wissenschaft und Kunst. Bremen: Mimeo, 1978.
6. VRING, Thomas von der. Hochschulreform in Bremen. Bericht des Rektors über Gründung und Aufbau der Universität Bremen während seiner Amtszeit von 1970 bis 1974. Frankfurt, Köln: EVA, 1975.

#### 4.5. Hamburg

Studienreform in Hamburgs Hochschulen ist geprägt von vielen einzelnen Initiativen auf der Ebene der Fachbereiche und Studiengänge selbst und in einer starken Stellung insbesondere der Universität gegenüber der Wissenschaftsbehörde. Auch in Hamburg gab es eine mit großem Aufwand betriebene Gesamthochschulplanung des Wissenschaftssenators, die mit der Vorlage und parlamentarischen Verabschiedung eines Gesamthochschulplans vorläufig abschloß. (Lit. 4 ) Zeitweise bis zu 18 Fachausschüssen haben unter Beteiligung von Vertretern aus der Berufspraxis an neuen integrierten und tätigkeitsfeldbezogenen Studiengängen gearbeitet, schließlich wurden die bis heute bestehenden integrierten Studiengänge Wirtschaftsingenieurwesen und Musik-/Theaterregie tatsächlich eingerichtet.

Hochschulübergreifende Verfahren und Studienreformkommissionen auf Landesebene gibt es in Hamburg nicht. Traditionell bestehen in der Universität Studienreformausschüsse in den Fachbereichen, die sich u.a. auch mit der Gestaltung neuer Studien- und Prüfungsordnungen befassen müssen. Der Studienreformprozeß wird von der Universitätsspitze durch öffentliche Berichterstattung über den Stand der Studienreform (Lit. 3 ) und durch die Organisation von Tagungen zur Studienreform unterstützt. Insbesondere sind die beiden großen Studienreformtagungen 1978 (Lit.5 ) und 1980 (Lit.5 ) hervorzuheben, auf denen die übergreifende programmatische Studienreformdiskussion mit der konkreten Hamburger Situation verbunden wurde.

Mit Hilfe von Studienreformtagungen wurde in der Universität die Einführung neuer Studiengänge vorbereitet. Daran waren auch Vertreter der Berufspraxis beteiligt.

Eine wichtige Funktion bei der Durchführung von einzelnen Studienreformvorhaben hat die Unterstützung durch das Hamburger Interdisziplinäre Zentrum für Hochschuldidaktik gehabt.

Als zwei weitere Hamburger Spezifika im Zusammenhang mit der Studienreform seien die Reform der Lehrerausbildung mit einer einheitlichen wissenschaftlichen Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen (Lit.1 ) und der Modellversuch Sozialökonomischer Studiengang an der Hochschule für Wirtschaft und Politik genannt. ( Lit. 2 )

Impulse für die Studienreform sind außerdem von der neugegründeten Technischen Universität Hamburg-Harburg mit ihrem Konzept regions- und forschungsorientierter Aufbaustudiengänge zu erwarten.

Literatur:

1. ALBRECHT, Stephan. "Verschwiegene Neuordnung. Acht-Semester-Studium in Hamburg." Erziehung und Wissenschaft 9 (1982): 18-19.
2. Bericht über die Planung des Sozialökonomischen Studiengangs. Endbericht. Hg. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg: Mimeo, 1981.
3. Bericht über Stand und Probleme der Studienreform an den Fachbereichen der Universität Hamburg. Ergebnisse und Auswertung einer Befragung der Fachbereiche über den Ist-Zustand und die Problemfelder der Studienreform von April 1979. Hg. Universität Hamburg/Planungsstab. (Unihh reform. Dokumente zur Studien- und Prüfungsreform aus der Universität Hamburg 9) Hamburg: Universität Hamburg, 1979.
4. Gesamthochschulplan für den Hochschulbereich Hamburg. Hg. Staatliche Pressestelle in Zusammenarbeit mit der Behörde für Wissenschaft und Kunst. Hamburg: Staatliche Pressestelle, 1977.
5. Studienreform an der Universität Hamburg. Ziele und Wege der Reformarbeit unter der Geltung des neuen Hochschulrechts. Hg. Universität Hamburg/Pressestelle. (Unihh reform. Dokumente zur Studien- und Prüfungsreform aus der Universität Hamburg 8) Hamburg: Universität Hamburg, 1979.
6. Studienreformbericht 1979-1981. Hg. Universität Hamburg/Pressestelle. (Unihh reform. Dokumente zur Studien- und Prüfungsreform aus der Universität Hamburg 15) Hamburg: Universität Hamburg, 1982.
7. Zwischenbilanz der Studienreform. Grundlagen und Grundzüge neuer Studien- und Prüfungsordnungen. Ergebnisse der 2. Studienreform - Tagung in der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg im Januar 1980. Hg. Universität Hamburg/Pressestelle. (Unihh reform. Dokumente zur Studien- und Prüfungsreform aus der Universität Hamburg 11) Hamburg: Universität Hamburg, 1980.

#### 4.6 Hessen

Hessen gehört zu den Ländern, in denen schon sehr früh insbesondere von Seiten des Kultusministers Hochschulreformaßnahmen geplant (Lit. 5 ) und dann mit der Errichtung der Gesamthochschule Kassel 1972 auch Maßnahmen ergriffen wurden. (Lit. 1 ) Mit Hilfe von Modellversuchen der Bund-Länder-Kommission wurden in dieser Gesamthochschule Reform-Studiengänge etabliert.

Die Integrierten Studiengänge und die berufspraktischen Studien an der Gesamthochschule Kassel (Lit. 3 ) werden auch heute noch als beispielhafte Studienreform gesehen. Weitere Gesamthochschulen oder integrierte Studiengänge in anderen Hochschulen wurden allerdings nicht eingerichtet. Im Land Hessen gab und gibt es keine Studienreformkommissionen. Ein Versuch, in ähnlicher Weise Staat, Hochschulen und Berufspraxis in Kommunikation und Kooperation zu bringen, hat mit der Arbeitsgruppe Geisteswissenschaften 1977/78 stattgefunden. Vor dem Hintergrund schlecher werdender Berufschancen für Geisteswissenschaftler legte die Arbeitsgruppe einen Bericht über Grundzüge für neue berufsbezogene Studienangebote in diesem Bereich vor. (Lit. 2 ) Unmittelbare Folge aus dieser Arbeit war die Einrichtung des Modellvorhabens "Berufsbezogene Fremdsprachenausbildung Anglistik/Romanistik" an der Universität Gießen und an der Gesamthochschule Kassel.

Früher vorwiegend mit den Mitteln der Modellversuche der Bund-Länder-Kommission und heute im wesentlichen bescheidenerem Ausmaß mit zentralen Mitteln aus einem "Studienreformtopf" vom Kultusminister werden einzelne Studienreformprojekte an hessischen Hochschulen gefördert. (Beispiele sind Orientierungseinheiten im Grundstudium, Vorbereitung von Praxissemestern an Fachhochschulen; Lit. 6 )

Vor allem unter dem Aspekt, neue berufliche Chancen eröffnen zu wollen, wurden in den hessischen Hochschulen neue Studiengänge entwickelt (wie Wirtschaftsmathematik, Wirtschaftsinformatik, Ausländerpädagogik), deren Einrichtung vom Kultusminister unterstützt wird.

Literatur:

1. Gesamthochschule Kassel 1971-81. Rückblick auf das erste Jahrzehnt .  
Hg. Norbert KLUGE, u. a. . Kassel: Stauda, 1981.
2. Neuordnung von Studienangeboten in den Geisteswissenschaften.  
Empfehlungen, Stellungnahmen, Berichte. Hg. Der Hessische Kultus-  
minister. (Schriftenreihe Hochschulen I). Wiesbaden: Mimeo, 1978.
3. NEUSEL, Aylâ. "Das 'Kasseler Modell' der integrierten Studiengänge von  
innen betrachtet". Gesamthochschule Kassel 1971-81. Rückblick auf das  
erste Jahrzehnt. Hg. Norbert KLUGE, u.a. Kassel: Stauda, 1981: 65-90.
4. NEUSEL, Aylâ. "Unsere Universität heißt Gesamthochschule. Eine Reform  
wird Alltag." Erziehung und Wissenschaft 5. (1982): 27-30.
5. Rahmenplan für die Gesamthochschule Kassel.Hg. Der Hessische Kultus-  
minister (Großer Hessenplan. Hochschulentwicklungsplan) Wiesbaden:  
Der Hessische Kultusminister, 1970: 59-67.
6. Studienreform. Eine aktuelle Aufgabe der Hochschulen. Der Hessische Kul-  
tusminister (Informationen 11) Wiesbaden: Mimeo, 1982.

#### 4.7 Niedersachsen

Studienreform in Niedersachsen ist von zwei Haupttendenzen bestimmt worden: Anfang der siebziger Jahre wurden Studienplätze durch neue Reformhochschulen in Osnabrück und Oldenburg vermehrt. Insbesondere im Bereich der Lehrerausbildung wurden sehr weitreichende Studienreformvorstellungen (im Studium integrierte Praktika und Einphasigkeit der Ausbildung und Projektstudium, Lit. 1.3) verwirklicht und erprobt. Der politische Wille zu Hochschul- und Studienreform äußerte sich auch in den Planungen für eine Gesamthochschule Nordostniedersachsens in Lüneburg (die nach ihrem Abschluß 1980 ohne entsprechendes Ergebnis blieb; Lit. 6 )

Gleichzeitig mit der Verabschiedung eines neuen niedersächsischen Hochschulgesetzes am 1.6.1978 wurde mit der Einrichtung von Studienreformkommissionen auf Ländesebene begonnen. (Lit. 8 ) Beispielslos für die Bundesrepublik wurden in Niedersachsen ab 1979 31 Fachkommissionen, sowie zwei zentrale Kommissionen und eine eigene Arbeitsstelle für die Studienreformkommissionen für alle Fachrichtungen an niedersächsischen Hochschulen (auch nichtstaatliche Hochschulen) und inklusive der Lehrerausbildung eingerichtet. (Lit. 10.11 ) Dabei verbanden die Initiatoren mit den Studienreformkommissionen Vorstellungen von einer pragmatischen Handlungsweise ohne inhaltliche Grundsatzdebatten, was später auch als großer Vorteil der niedersächsischen Studienreformkommissionen hervorgehoben wurde. (Lit. 7 )

Ein wichtiger inhaltlicher Auftrag war die Neugestaltung des Studiums unter dem Aspekt des Praxisbezugs. Auf zwei Tagungen befaßte man sich mit außerschulischen Tätigkeitsfeldern für Geisteswissenschaftler (Lit. 5 ) und mit der Einführung von Praxissemestern im Bereich der Technikwissenschaften. (Lit. 9 )

Unter dem Zwang der Vergleichbarkeit von Studiengängen mußten die vom traditionellen Studienaufbau abweichenden Reformstudiengänge an der neuen Universität in vielen Punkten zurückstecken. Allerdings gab es auch im Bereich der Technikstudiengänge die vom Konventionellen abweichende Empfehlung einer Dreigliederung des Studiums. (Lit. 2 )

Nachdem sämtliche Kommissionen Ergebnisse vorgelegt hatten, wurde das Instrumentarium 1983 wieder aufgelöst. Ein Erfahrungs- und Abschlußbericht des Wissenschaftsministers wurde vorgelegt. (Lit. 12) Zeitweise waren bis zu 1000 Personen aus Staat, Hochschule und Berufspraxis an dieser staatlich initiierten und organisierten "Studienreformfabrik" beteiligt. Eine (wohl negative) Stellungnahme der Gewerkschaften, die beratende Mitglieder in die Kommissionen entsandt hatten, steht noch aus. Als neueste das Studium betreffende Pläne und Maßnahmen sind aus Niedersachsen die drastische Reduzierung der Lehrerausbildung, die Reduzierung von Studienplätzen im geistes- und sozialwissenschaftlichem Bereich und die Verschlechterung der Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus (etwa durch die generelle Einführung von 2/3-Stellen) bekannt.

#### Literatur:

1. DÖBRICH, Peter, WODRON, Christoph, MITTER, Wolfgang. Einphasige Lehrerausbildung in Oldenburg. Gutachten für die Universität Oldenburg. Oldenburg: Zentrum für pädagogische Berufspraxis, 1981.
2. Empfehlungen zur Neuordnung der Diplomstudiengänge des Bauingenieur- u. Vermessungswesens. Hg. Zentrale Arbeitsstelle Studienreform. Hannover: Mimeo, 1982.
3. EKART, Kurt, FARCK, Carl-Ludwig, OHAUS, Werner. Gutachten über den Modellversuch "Einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg" und Vorschläge für die zweiphasige Lehrerausbildung. Oldenburg: Zentrum für pädagogische Berufspraxis, 1981.
4. "Empfehlungen zu Praxissemestern an Fachhochschulen. Empfehlungen der Ständigen Kommission für die Studienreform. Hg. Zentrale Arbeitsstelle Studienreform (Beiträge zur Studienreform 2) Hannover: Zentrale Arbeitsstelle Studienreform, 1980.
5. Erweiterung des Studienangebots und außerschulische Tätigkeitsfelder für Geisteswissenschaftler. Hg. FLOECK, Wilfried, ERMERT, Karl (Loccum Protokolle 16/80) Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 1980.
6. Gesamthochschule Lüneburg. Planungen 1970 - 1980. Eine Dokumentation. Hg. Planungskommission Gesamthochschule Nordostniedersachsen. o.O.. März 1980.
7. MAHRENHOLTZ, Oskar. "Die Hochschulen verstehen sich jetzt besser." Hochschulpolitische Informationen 15/16. (1982): 15-19.
- 7a. Materialien zur Studienreform 1978. Für Gewerkschaftsangehörige an Hochschulen in Studienreformkommissionen. Hg. GEW, Landesverband Niedersachsen (Sonderdienst 7/78) Hannover: Mimeo, 1978.

8. PESTEL, Eduard. "Rede zur Konstituierung der Ständigen Kommission für die Studienreform und der Koordinierungskommission für die Lehramtsstudiengänge am 27.9.1978." Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Schriftenreihe Hochschule 30) Bonn: BMBW, 1979. 311-313.
9. Reformziel: Stärkerer Praxisbezug. Zur Praxisorientierung in den techniwissenschaftlichen Studiengängen. Hg. U.LAMPE. (Loccumer Protokolle 27/80) Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 1981.
10. Studienreform im Spannungsfeld von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Hg. Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst (Materialien zur Studienreform 1). Hannover: Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst, 1980.
11. Studienreform im Spannungsfeld von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Hg. Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst (Materialien zur Studienreform 2). Hannover: Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst, 1980.
12. Studienreform in Niedersachsen. Abschluß- und Erfahrungsbericht 1978-1983. Hg. Zentrale Arbeitsstelle Studienreform (Beiträge zur Studienreform 6) Hannover: Zentrale Arbeitsstelle Studienreform, 1983.

#### 4.8 Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen wurde vor allem auf staatliche Initiative hin in der Zeit des bildungspolitischen Umbruchs Ende der 60er Jahre versucht, die Vermehrung von Studienplätzen beispielhaft mit einer neuen Hochschulorganisation und der Studienreform zu verbinden. An fünf Standorten (später kam mit der Fernuniversität Hagen ein sechster dazu) wurden vom Wissenschaftsminister 1972 Gesamthochschulen errichtet. Dort wurden neuartige Studiengänge konzipiert, die unterschiedliche allgemeine Studienabschlüsse vorsahen (Y-Modell), Berufsqualifikationen anzielten, die sich an Tätigkeitsfeldern orientierten, unterschiedliche Studienvoraussetzungen zusammenfaßten und ein hochschuldidaktisch organisiertes und interdisziplinäres Studium ermöglichen sollten. (Lit.4 ) Dazu wurden auch hochschuldidaktische Einrichtungen geschaffen, die heute als hochschuldidaktische Zentren an einigen Hochschulen fortbestehen.

Zur Übertragung auf die anderen Hochschulen bzw. zur Weiterentwicklung der Studienreform wurden landesweite Studienreformkommissionen vorgesehen. So lautete die Empfehlung eines "Beirats für die Studienreform", die er 1972 dem Wissenschaftsminister vorlegte. (Lit. 9 ) Beirat wie Studienreformkommissionen, die ab 1974 eingerichtet wurden, stellten den Versuch dar, auf breiter Basis Hochschulangehörige für das Reformprogramm des Wissenschaftsministers zu gewinnen; von Anfang an waren auch Vertreter der Berufspraxis beteiligt.

Dem Ziel Studienreform an Tätigkeitsfeldern zu orientieren entsprechend, beschränkte man sich in Nordrhein-Westfalen auf die sieben Kommissionen Schulisches Erziehungswesen, Außerschulisches Erziehungswesen und Sozialwesen, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik (die beiden letzten Kommissionen gibt es erst seit 1979 bzw. 1980). Die Kommissionen haben im Selbstverständnis des Wissenschaftsministers die Aufgaben, in ständiger Rückkoppelung mit den Hochschulen Empfehlungen zu laufenden Studienreformmaßnahmen zu geben. (Lit. 5 ) Vertreter der Berufspraxis sind an diesem Prozeß stimmberechtigt beteiligt (ein übergreifender Bericht über die gewerkschaftliche Beteiligung liegt nicht vor).

Eine "Gemeinsame Kommission" koordiniert die einzelnen Studienreformkommissionen inhaltlich; zur organisatorischen Unterstützung, das auch die Ergebnisse der Studienreform in Nordrhein-Westfalen zentral dokumentiert und veröffentlicht. Gegen dieses Instrumentarium, das dann auch von der Struktur Vorbild für die Studienreformkommissionen auf Bundesebene war, regten sich schon zu Beginn kritische Stimmen. Sie sprachen von einer Studienreform eher behindernden staatlichen Interventionspolitik. (Lit.2,3)

Tatsächlich befaßten sich die Studienreformkommissionen immer wieder auch mit aktuellen Entwicklungen des Studiums. Wissenschaftliche Gutachten z. B. zu Studienreform und Berufspraxis in den Sozialwissenschaften (Lit.6) und außerschulische Berufsmöglichkeiten für Geisteswissenschaftler (Lit.7) dienten zur Fundierung der Arbeit. Einen Erfahrungsbericht über die Arbeit der Studienreformkommissionen gab das Wissenschaftliche Sekretariat heraus. (Lit.1). Darin wird als ein positiver Effekt weniger Konfrontation und mehr Kooperation zwischen Staat und Hochschulen bezeichnet. Eine gewisse Enttäuschung über das real Bewegte in den Hochschulen ist allerdings nicht zu übersehen. Diese Einschätzung mag den Wissenschaftsminister auch dazu bewogen haben, die Studienreformkommissionen bis Ende 1984 aufzulösen. Das Wissenschaftliche Sekretariat für die Studienreform soll allerdings erhalten bleiben. Als ein schwerer Dämpfer für jegliche weitere Studienreform in den Hochschulen wurden die "Konzentrationspläne und -maßnahmen des Wissenschaftsministers von 1982 empfunden (Lit.8), die zu einer Verlagerung von Studien- und Personalkapazitäten zwischen den Hochschulen geführt haben.

Literatur:

1. Arbeitsberichte 1982. Die Studienreformkommission im Lande Nordrhein-Westfalen. Hg. Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform. (Materialien zur Studienreform 5) Bochum: Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform, 1982.
3. BRACHT, Ulla. "Staatliche Studienreforminstrumentarien in Nordrhein-Westfalen. Zur Dialektik von Form und Inhalt." Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Hg. Ulla BRACHT, Bernd HÖLSMANN und Dieter KEINER. Köln: Pahl-Rugenstein, 1977. 209-233.
3. DAMMANN, Bernd. "Bildungslandschaft" Nordrhein-Westfalen." Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Hg. Ulla BRACHT, Bernd HÖLSMANN und Dieter KEINER. Köln: Pahl-Rugenstein, 1977. 178-208.
4. Gesamthochschule-Versäumte Chancen? 10 Jahre Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hg. Jürgen KLÖVER, Wolfdietrich JOST und Karl-Ludwig HESSE. Opladen: Leske und Budrich, 1983.
5. Handbuch Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hg. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Der Minister für Wissenschaft und Forschung, 1983.
6. JÄGER, Lothar und NICKOLMANN, Friedhelm. Zu Studienreform und Berufspraxis in den Sozialwissenschaften. Auswertungsbericht einer Sachverständigenbefragung. (Schriften zur Studienreform 2). Bochum: Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform, 1980.
7. RICHTER, Roland. Arbeitsmarktchancen von Philologen mit Magisterabschluß. Auswertung einer Befragung. (Schriften zur Studienreform 1). Bochum: Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform, 1980.
8. VENT, Volker. "Das darf nicht das letzte Wort sein." Deutsche Universitätszeitung 7 (1982): 26-31.
9. Zwischenbericht zur Studienreform. Hg. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. (Schriftenreihe des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 3). Düsseldorf: Der Minister für Wissenschaft und Forschung, o.J. (1973).

#### 4.9 Rheinland-Pfalz

Aus Rheinland-Pfalz sind nur einige Beispiele für Studienreformvorhaben bekannt. Außer studienreformbegleitende Arbeitsgruppen (Lit.1), die die Studienreformkommissionen informell begleiten und zudem nur aus Hochschulvertretern bestehen, gibt es keine länderweiten Verfahren zur Studienreform. Als besonderen Beitrag zur Studienreform wird von Hochschul- wie Staatsseite betrachtet, rechtzeitig Lehrerstudienkapazitäten vermindert zu haben und neue Studienmöglichkeiten geschaffen zu haben, die zukünftig berufliche Möglichkeiten erwarten lassen. (Eine Aufzählung und Kurzbeschreibung gibt der Studienführer Rheinland-Pfalz, Lit. 6 ). Neue Formen in Studiengangsstruktur, -aufbau oder -prüfungswesen sind dabei nicht festzustellen.

Als Beispiele für vereinzelte Studienreformvorhaben an Hochschulen seien die "Praxisbezogenen Studienformen" im Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der 1970 gegründeten Universität Trier (Lit. 5 ) und das "Berufsintegrierende Studium" am Fachhochschulstandort Mainz II (Lit. 4 ) genannt. Die "Praxisbezogenen Studienformen" versuchen, auch in einer wirtschaftsschwachen Region durch die projektorientierte Praxissimulation (Fallstudium) im Studium Praxisbezug herzustellen. Das "Berufsintegrierende Studium" basiert auf der Kooperation zwischen regionalen Arbeitgebern und der Fachhochschule, die ein gleichrangiges betriebswirtschaftliches Studium für Berufstätige neben dem Beruf durchführt.

Studienreform wird ansonsten als Aufgabe insbesondere des einzelnen Hochschullehrers gesehen (siehe einige Beiträge in Lit. 7 ) , die allerdings durch Initiativen des Staates angestoßen und koordiniert werden müsse. (Lit. 2 )

#### Literatur:

1. "Antwort des Kultusministeriums auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Situation der Hochschulen in Rheinland-Pfalz." Drucksachen des Landtags Rheinland-Pfalz 9/1949. (1981).
2. GÖLTER, Georg. "Die Verantwortung des Staates für die Studienreform." Studienreform. Gestern, heute, morgen. Erziehungswissenschaftliche Hochschule, Rheinland-Pfalz. Mainz: Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz, 1982. 41-46.

3. "Kleine Anfrage des Abgeordneten Schuler (CDU) und Antwort des Kultusministeriums zur Studienreform in Rheinland-Pfalz." Drucksachen des Landtages Rheinland-Pfalz 9/314 (1979).
4. KOEDER, Kurt. Berufsbegleitendes Studium. (beruf + bildung 9) Grafenau: expert, 1980.
5. Organisation des Praxisbezugs im Wirtschaftswissenschaftlichen Studium. Hg. Aemilian HRON. (Hochschuldidaktische Materialien 75), Hamburg: Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik, 1980.
6. Studienführer Rheinland-Pfalz. Hg. P. GROSSKREUTZ und R. EBBEKE. Mainz: Kultusministerium für Rheinland-Pfalz, 1983.
7. Studienreform. Gestern, heute, morgen. Hg. Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz. Mainz: Erziehungswissenschaftliche Hochschule, 1982.

#### 4.10 Saarland

Die bundesweite Studienreformdiskussion der siebziger Jahre hat sich im Saarland weder in Veränderungen der Hochschulstruktur noch in Veränderungen von Struktur und Inhalt des Studiums niedergeschlagen. Integrationsbestrebungen zu einer "Hochschule des Saarlandes" wurden nicht weitergeführt. Hochschulübergreifende Studienreformverfahren für das Saarland existieren nicht.

Bemerkenswert in Bezug auf die Studienreform sind die im Saarland traditionell auf das Nachbarland Frankreich bzw. auf europäische Kooperation gerichteten Studienangebote (siehe z. B. Lit. 2 ), die auch hier anzutreffende Orientierung auf für zukunftsweisend gehaltene Studienangebote in Universität und Fachhochschule im Bereich der Technologieentwicklung (siehe die Beispiele in den jeweiligen Studienführern Lit. 1,4 ) und das Modell der integrierten Studienberatung (Lit.3 ), das mittlerweile als "Zentrale Studienberatung" eine feste Einrichtung der Universität ist. Insbesondere bei der Entwicklung neuer Studienangebote in der Fachhochschule fällt eine enge Kooperation zwischen Unternehmen und Hochschule auf.

#### Literatur:

1. Allgemeiner Studienführer für die Universität des Saarlandes.  
Hg. Universität des Saarlandes/Zentrale Studienberatung.  
Saarbrücken: Zentrale Studienberatung, 1983.
2. Deutsch-Französisches Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft.  
Hg. Université Metz/Fachhochschule des Saarlandes. Metz: o.J. (1979).
3. Integrierte Studienberatung. Abschlußbericht über den Modellversuch einer integrierten Studienberatung an der Universität des Saarlandes. Teil A und B. Hg. H. J. SCHUSTER (Saarbrücker Studien zur Hochschulentwicklung 30). Saarbrücken: Universität des Saarlandes, 1979.

4. Studienführer und Vorlesungsverzeichnis, Studienjahr 1983/84.  
Hg. Fachhochschule des Saarlandes. Saarbrücken: Rektor der  
Fachhochschule des Saarlandes, o.J. (1983).
5. Studienhandbuch Universität des Saarlandes. Hg. Universität des  
Saarlandes/Zentrale Studienberatung. Obertshausen: context, 1981.

#### 4.11 Schleswig-Holstein

Eine studiengangs- und hochschulübergreifende Studienreformdiskussion ist in Schleswig-Holstein nicht festzustellen. Studienreform ist weitgehend in die Initiative der Hochschulen gelegt, die Abstimmung zwischen Staat und Hochschulen erfolgt überwiegend auf dem Weg der Genehmigung von Studien- und Prüfungsordnungen. Studienreformverfahren spielen nur eine randständige Rolle.

Als zwei Schwerpunkte von schleswig-holsteinischen Studienumwandlungsbestrebungen sind die Einführung von Kurzstudiengängen im Bereich der Geisteswissenschaften und im Zusammenhang damit neu geschnittene berufsorientierte Studienangebote in den Lehramtsstudiengängen der Pädagogischen Hochschulen zu erkennen. Ein Kurzstudiengang "Diplom-Anglistik" (Lit. 1) an der Kieler Universität wurde auf Initiative eines Hochschullehrers mit Hilfe der einzigen Studienreformkommission gegen den Willen der Universität mittlerweile vom Kultusminister eingerichtet. In Kooperation zwischen Vertretern des Landes, der betroffenen Hochschulen, der Wirtschaft sowie der Gewerkschaften wird ein Konzept einer Doppelqualifikation für Lehramtsabsolventen der Pädagogischen Hochschulen durch betriebliche Praktika und entsprechende Studienanteile erarbeitet.

#### Literatur:

BUCHLOH, P., H.J. SCHILD und E. TIMM. Ergänzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten des Studiums der Englischen Philologie. Bericht des Modellversuchs. Kiel: Mimeo, 1983.

## 5. Andere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Studienreform

### 5.1 Modellversuche der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

Modellversuche im Hochschulbereich haben für die Studienreform in den einzelnen Hochschulen und in den Ländern besonders in den siebziger Jahren eine große Rolle gespielt. Sie werden nach bestimmten Vorgaben und Zielen (Entscheidungshilfe für die weitere Entwicklung des Hochschulwesens, Innovationscharakter) von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (B-L-K) genehmigt. Mehrmals hat die B-L-K über die Modellversuche im Hochschulbereich (Lit. 3, 1977; Lit. 4, 1981) bzw. im Bildungswesen (Lit. 6) berichtet und informiert.

Modellversuche werden als einzelne Projekte in den Hochschulen durchgeführt und werden wissenschaftlich begleitet. Über alle Modellversuche liegen daher jeweils schriftliche Informationen vor. Außerdem wurden von der B-L-K zentrale Auswertungen durchgeführt: so z. B. zu den Modellversuchen im Rahmen der Gesamthochschulentwicklung (Lit. 1), zur Entwicklung und Erprobung von Ausbildungs- und Fortbildungsgängen für neue berufliche Tätigkeiten (Lit. 2) oder zur Hochschuldidaktik (Lit. 5). Von 1972 bis 1983 wurden 180 Modellversuche gefördert und davon 127 abgeschlossen.

#### Literatur:

1. Bericht der Arbeitsgruppe "Modellversuche im Hochschulbereich" über die Modellversuche zur Gesamthochschulentwicklung. Hg. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn: B-L-K, 1977.
2. Bericht über eine Auswertung von Modellversuchen zur Entwicklung Erprobung von Aus- und Fortbildungsgängen für neue berufliche Tätigkeiten im Bildungswesen. Hg. Bonn: B-L-K, 1981.
3. Fünf Jahre Modellversuch im Hochschulbereich. Hg. dies. Bonn: B-L-K, 1977.
4. Informationen über Modellversuche im Hochschulbereich. Hg. dies. Bonn: B-L-K, 1981.
5. Modellversuche zu einzelnen Fragen der Hochschuldidaktik. Auswertungsbericht. Hg. dies. Bonn: Köllen, 1982.
6. Zehn Jahre Modellversuche im Bildungswesen. Hg. Bonn: B-L-K, 1981.

## 5.2 WRK-KMK-Kommission

Die gemeinsame Kommission von Westdeutscher Rektorenkonferenz (WRK) und Kultusministerkonferenz (KMK), die seit 1954 besteht, hat die Aufgabe, durch formale Vorgaben (Rahmenordnungen) insbesondere für Diplom-Studiengänge Studien- und Prüfungsbedingungen in den Hochschulen zu vereinheitlichen (zur Geschichte dieses Gremiums siehe B. Steiger, Lit. 3).

Wenngleich diese Kommission keinerlei inhaltlichen Studienreformauftrag hat, ist ihre Arbeit parallel zu den Studienreformkommissionen weitergegangen und hat durch die Vereinheitlichung der Studienstruktur (siehe die Allgemeinen Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen von 1980; Lit. 1) direkte Vorgaben für die Studienreform gemacht. Im Selbstverständnis der WRK wird die Arbeit der Kommission als "kleine" Studienreform bezeichnet und damit ein Verständnis von der Parallelität von zwei Instrumentarien für die Studienreform gefördert (siehe z. B. Lit. 2).

### Literatur:

1. Allgemeine Bestimmungen für Diplomprüfungen (ohne Fachhochschulstudiengänge). Hg. Westdeutsche Rektorenkonferenz / Kultusministerkonferenz. (Fassung v. 7./8.7.1980) Bonn-Bad Godesberg: WRK, 1980.
2. "Kleine Studienreform vor dem Abschluß" Arbeitsbericht 1981. Hg. Westdeutsche Rektorenkonferenz. Bonn-Bad Godesberg: WRK, 1981. 26-30
3. STEIGER, Barbara "Zur Entwicklung der überregionalen Bemühungen um die Studienreform seit dem 2. Weltkrieg". Materialien zur Studienreform. Hg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Schriftenreihe Hochschule 30). Bonn: BMBW, 1979. 157-175

### 6.3 Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften

Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften haben sich insbesondere ab den siebziger Jahren intensiver und in größerer Breite entwickelt. In diese Zeit fallen auch die Abschlüsse offizieller Kooperationsverträge zwischen einzelnen Hochschulen (z. B. in Bremen, Oldenburg, Bochum). Kooperation bezieht sich auf das Einbringen von Arbeitnehmerfragestellungen in Forschung und Studium, sowie auf den Bereich wissenschaftlicher Dienstleistungen. Eine Art Handbuch für Kooperationsbeziehungen stellt das Werk "Hochschule und Gewerkschaften" (Lit. 7, siehe auch Lit. 8) dar. Dort werden verschiedene Aspekte der Kooperation behandelt, viele Kooperationsprojekte beschrieben und programmatische Äußerungen des DGB und einzelner Gewerkschafter dokumentiert. Es sind auch die Reden von E. Frister, Gewerkschaften und Hochschulen (Lit. 4, S. 474-483) und von H. O. Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? (Lit. 15), abgedruckt, die sich grundsätzlich mit dem Verhältnis zwischen Hochschulen und Gewerkschaften, auch in historischer Sicht, beschäftigen.

Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaften richtet sich zum einen schwerpunktmäßig auf die Mitwirkung an konkreter Studienreform und zum anderen auf den Bereich der Forschung. Ein Projekt, das primär die Kooperation bei der Studienreform zum Gegenstand hatte, war der "Verein zur Förderung der Studienreform" (siehe vor allem die Publikation "Hochschulausbildung im Arbeitnehmerinteresse", Lit. 5; auch Lit. 11). Die Präzisierung gewerkschaftlicher Studienreformziele für einzelne Studienbereiche bedeutete eine wichtige Vorbereitung für die Mitwirkung der Gewerkschaften in den Studienreformkommissionen. Im Gefolge von Kooperationsverträgen, aber auch sonst auf Initiative von gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern ist eine Vielzahl von Kooperationsaktivitäten in der Ausbildung entstanden (siehe die Beispiele in Lit. 3,10). Ziel einiger solcher Projekte war und ist die gemeinsame bzw. gegenseitige Qualifizierung von Arbeitnehmern und Wissenschaftlern und Studenten. Als Beispiel dafür sei das Göttinger Kooperationsprojekt herausgegriffen, das von der Verbindung universitärer Ausbildungs- und gewerkschaftlicher Weiterbildungsprozesse ausging und auf diesem Weg einen Beitrag zur Studienreform leisten wollte (Lit. 1; weitere Beispiele aus Niedersachsen sind

dokumentiert in Lit. 2).

Im Bereich der Forschung ist besonders der Ansatz zu erwähnen, ein Konzept arbeitnehmerorientierter Forschung zu entwickeln (Lit. 9, 16). Weitere Überlegungen zu einer arbeitnehmerorientierten Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik sind in einem WSI-Schwerpunktheft zusammengefaßt (Lit. 17).

Es ist eine Entwicklung zu regionsbezogener Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften beobachtbar, die versucht, unter jeweils örtlichen Bedingungen, regionale Arbeitnehmerinteressen in die Hochschule einzubringen. Solche Kooperationsbeziehungen werden seit kurzem unterstützt durch örtliche Kooperationsstellen an den Universitäten Oldenburg, Dortmund, Tübingen, Hamburg und der Gesamthochschule Kassel (Lit. 1.4). Sie versuchen, z. B. Forschungsprojekte anzustoßen oder öffentliche Ringvorlesungen zu Arbeitnehmerproblemen in den Universitäten zu organisieren.

#### Literatur:

1. BALLHAUSEN, Hans. Weiterbildung durch Kooperation. Fallstudie eines Kooperationsprojekts als Versuch der Verbindung universitärer Ausbildungs- und gewerkschaftlicher Weiterbildungsprozesse. Göttingen: Mimeo, 1980.
2. Erziehung & Wissenschaft Niedersachsen 11 (15.11.1982).
3. Fachtagung Kooperation Hochschule und Gewerkschaften. Hg. DGB-Landesbezirk Niedersachsen. Osnabrück: DGB, 1982.
4. FRISTER, Erich. "Gewerkschaften und Hochschulen." (1972) Hochschulen und Gewerkschaften. Hg. Hans-Dieter BAMBERG, Hans-Jürgen KRÖGER und Reinhard KUHLMANN. Köln: Bund, 1979. 474-483.
5. Hochschulausbildung im Arbeitnehmerinteresse. Hg. Verein zur Förderung der Studienreform. Köln: Bund, 1980.
6. Hochschulausbildung in Arbeitnehmerinteresse. Erfahrungen und Berichte aus der Zusammenarbeit von Hochschulangehörigen und Gewerkschaftlern. Hg. VFS. Köln: VFS, 1976
7. Hochschule und Gewerkschaften. Erfahrungen, Analysen und Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperationspraxis. Hg. Hans-Dieter BAMBERG, Hans-Jürgen KRÖGER und Reinhard KUHLMANN. Köln: Bund, 1979.

8. Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen. Hg. Hochschule für Wissenschaft und Politik. Hamburg: Westdeutscher Verlag, 1980.
9. KATTERLE, Siegfried und Karl KRAHN. Arbeitnehmer und Hochschulforschung. Köln: Bund, 1981.
10. "Kooperation". Gewerkschaftliche Monatshefte 2 (1977).
11. Kooperation von Gewerkschaften und Hochschulangehörigen im Bereich der Studienreform. Abschlußbericht. Hg. Verein zur Förderung der Studienreform. Bonn: VFS, 1977.
12. Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen. Hg. Richard SURG. Köln: Pahl-Rugenstein, 1978.
13. Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften. Teil 2. Kooperationsansätze in Ausbildung, Forschung und Weiterbildung. (Materialien und Dokumente aus Hochschule und Forschung 13). Frankfurt:Mimeo, 1977.
14. Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen. Erster Zwischenbericht. Hg. Koordinationsstelle Düsseldorf. Düsseldorf:Mimeo, o. J. (1984).
15. VETTER, Heinz Oskar. "Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?" (1976) Hg. Hans-Dietër BAMBERG, Hans-Jürgen KRÖGER und Richard KUHLMANN. Hochschulen und Gewerkschaften. Köln: Bund, 1979. 446-457.
16. Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen. Hg. Siegfried KATTERLE und Karl KRAHN. Köln: Bund, 1980.
17. "Zu einer arbeitnehmerorientierten Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik." WSI-Mitteilungen 12 (1978).

Stichwortverzeichnis

- Agrar- und Forstwissenschaften 26, 43  
Aktuelle Diskussion 4, 5, 8, 13, 30, 58  
Arbeitgeber und Studienreform 13, 18, 19, 34, 35  
Arbeitswissenschaften 26  
Architektur, Bauingenieurwesen, Raumplanung 26, 27, 36, 47  
Aufbaustudiengänge 8, 51, 65  
Baden-Württemberg 11, 41  
Bayern 19, 43  
Berlin 45  
Berufsintegrierendes Studium 60  
Berufsqualifizierung 13, 18, 19, 23, 35, 43, 52, 57, 58, 65  
Beschäftigungschancen 8, 18, 52, 62  
Bibliographien zur Studienreform 1, 3, 12, 18, 19, 21, 26  
Biologie 27, 36  
Bremen 12, 47  
Bund demokratischer Wissenschaftler 4, 7, 33  
Bundesassistenten-Konferenz 11, 16  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 4, 6, 19, 30, 32  
Chemie 18, 27, 33, 36, 41, 43  
Differenzierung des Studiums 8, 24, 28, 30, 35  
Fachhochschule und Studienreform 8, 19, 43, 45, 48, 52, 60, 62  
Geisteswissenschaften 8, 52, 54, 55, 58, 64  
Geographie 36  
Gesamthochschule und Studienreform 11, 12, 41, 45, 47, 52, 54, 57, 65  
Geschichte 36  
Gesundheitswesen 27, 28, 43  
Gewerkschaftliche Positionen  
- zur aktuellen Diskussion 4, 30  
- zum Hochschulrahmengesetz 1, 30  
- zur Beteiligung an Studienreformkommissionen 7, 24, 33, 34  
- zu Wissenschaftsratsempfehlungen 13  
- zu Praxissemestern an Fachhochschulen 19  
- zur Studierbarkeit 21  
- zu den Grundsätzen für Studium und Prüfungen 23, 24, 35  
- zu einzelnen Studienbereichen 26-29  
- zu Empfehlungen von Studienreformkommissionen 29, 36, 55  
Gewerkschaftliche Programme zur Studienreform 6, 7, 67  
Gliederung des Studiums 21  
Hamburg 50  
Hessen 11, 52  
Hochschuldidaktik 5, 21, 23, 33, 50, 57, 65

Hochschulgesetze der Länder 1, 32, 41, 45, 47, 54  
Hochschulrahmengesetz 1, 30, 32  
Hochschulrahmengesetz, Kommentar 1  
Hochschulrahmengesetz, Novellierung 30  
Hochschulsozialisation und Studienreform 21  
Hochschulverband 1, 4  
Hochschulzugang, Hochschulöffnung 7, 8  
Ingenieurwissenschaften 8, 16, 18, 26, 36, 43, 45, 54, 57  
Integrierte Studiengänge 11, 16, 45, 52  
Juristenausbildung 16, 26, 29, 45  
"Kleine" Studienreform 66  
Konservative Studienreformvorstellungen 13, 30, 46  
Kooperation Hochschule - Gewerkschaften 18, 27, 48, 67, 68  
- in der Studienreform 67  
- arbeitnehmerorientierte Forschung 68  
Kooperationsstellen 68  
Kultusministerkonferenz 23, 40, 66  
Kurzstudium 8, 13, 28, 64  
Lehrerausbildung 12, 16, 26, 29, 50, 54, 55, 57, 60, 64  
Mathematik 57  
Modellversuch 3, 41, 52, 65  
Naturwissenschaften 8, 16, 26, 27, 43, 57  
Neue Studiengänge 42, 44, 52, 60, 62  
Niedersachsen 12, 29, 54  
Nordrhein-Westfalen 11, 32, 33, 57  
Orientierungsphasen 21, 52  
Praxisorientierung 6, 11, 16, 18, 19, 23, 35, 43, 45, 54  
Praxisorientierte Studienmodelle 18, 19, 43, 47, 52, 54, 60, 64  
Programme 6, 67  
Projektstudium 12, 16, 47, 54  
Prüfungsreform 21, 23  
Psychologie 8, 18, 26, 28, 36, 41, 43, 47  
Rahmenstudien- und Prüfungsordnungen 66  
Regelstudienzeit 13, 21, 35  
Rheinland-Pfalz 60  
Saarland 62  
Schleswig-Holstein 64  
Sozialpädagogik 16, 18, 26, 36, 43, 45, 47, 57

Sozialwissenschaften 18, 26, 27, 36, 50, 55, 57  
Sprach- und Literaturwissenschaften 18, 26, 29, 36, 47, 57  
Ständige Kommission für die Studienreform 19, 23, 33, 36  
- Grundsätze für Studium und Prüfungen 19, 23, 33, 35  
- Empfehlungen zur Studierbarkeit 21  
Studenten 33, 35  
Studienberatung 21, 62  
Studienkonzepte 12, 16, 18, 19, 21, 26  
Studienreformkommissionen, länderübergreifend 1, 6, 8, 19, 23, 26, 30, 32, 33  
- Empfehlungen bzw. Empfehlungsentwürfe 36  
Studienreformkommissionen auf Landesebene 40-63  
- Empfehlungen 41, 43  
Studienreformmaßnahmen und -verfahren in Ländern 40-64  
Studienreformthemen, Übersicht 3, 5, 6, 19, 26, 32, 40, 45, 50  
Studierbarkeit 21, 35  
Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung 7, 18  
Tätigkeitsfeldbezug 48, 54, 57  
- Forschungsarbeiten 18  
Verband deutscher Studentenschaften (VDS) 33  
Verein zur Förderung der Studienreform 6, 67  
Westdeutsche Rektorenkonferenz 3, 5, 35, 66  
Wirtschaftswissenschaften 16, 18, 28, 33, 36, 41, 43, 45, 47, 57, 60  
Wissenschaftsrat 7, 13, 32  
Zahnmedizin 18, 33, 36, 37  
Zeitschriften, Studienreform 3, 4, 5

# Arbeitspapiere

AP - KL 88

Norbert Kluge

18 Studienreform in der Literatur -  
Eine kommentierte Bibliographie  
über Studienreformaktivitäten  
in den letzten zehn Jahren

Kassel 1988

